

INCLUSIVE DISTRICTS OF DEMOCRACY.

Politische Beteiligung von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien

Studienautor:innen:
Mag.a Kathrin Braun
Dr. Tobias Spöri

Freunde
FremdewerdenFreunde.at

Das Projekt Inclusive Districts ist
gefördert aus Mitteln der Stadt Wien Kultur



Wir möchten an dieser Stelle bei Zahra Hashimi, Anna Lazareva, Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, Mohammad Yaseen für ihre entscheidenden Ratschläge bei der Entwicklung der Umfrage dieser Forschung danken, sowie den Interviewern Ali Mohammadi und Zaman Faqiri, die bei der Rekrutierung der Teilnehmer:innen unterstützt haben.

INCLUSIVE DISTRICTS OF DEMOCRACY

Politische Einstellungen und politische Beteiligung von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien

Autor:innen:

Mag.a. Kathrin Braun Bakk. phil. (Fremde werden Freunde)

Dr. Tobias Spöri (Universität Wien, d/part)



Fremde werden Freunde

gemeinnütziger Verein

Garnisongasse 11, 1090 Wien

hallo@fremdewerdenfreunde.at

Geschäftsführung: Mag. Ina Pervan-Al Soqauer & Mag. Kathrin Limpel

ZVR: 919577710

www.fremdewerdenfreunde.at

Die Durchführung dieses Forschungsprojekts wurde durch eine Förderung der Stadt Wien Kultur ermöglicht.



Wien, April 2024

Inhalt

Executive Summary	2
Einleitung	3
Forschungsstand	5
Methodologie.....	7
Zielgruppe & Grundgesamtheit.....	7
Quantitative Erhebung	8
Selektionseffekte.....	9
Soziodemographisches Profil der Stichprobe.....	10
Qualitative Interviews.....	12
Ergebnisse.....	13
Fluchtgründe und Aufenthaltsstatus	13
Einstellungen und Wahrnehmung von Politik und Demokratie.....	14
Politische Beteiligung.....	21
Themen der Beteiligung und Wünsche	26
Diskussion der Ergebnisse und Fazit.....	28
Handlungsempfehlungen.....	32
Quellen	34

Executive Summary

Das Projekt "Inclusive Districts of Democracy", zielt darauf ab, die Beteiligung, politischen Wünsche und Hürden von Beteiligung von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien zu erforschen. Die Studie betont die Notwendigkeit, die Demokratie in Wien inklusiver zu gestalten, insbesondere für die wachsende Bevölkerung von Menschen mit Fluchterfahrung, die oft von demokratischen Prozessen wie Wahlen ausgeschlossen sind. Durch quantitative Umfragen und qualitative Interviews wurde eine Vielzahl von Erkenntnissen gewonnen, die darauf hindeuten, dass Menschen mit Fluchterfahrung in Wien eine vielfältige Gruppe sind, sich auf verschiedene Weisen politisch engagieren und Zeit sowie eine Perspektive auf die Staatsbürgerschaft benötigen, um sich stärker in die Gesellschaft einzubringen. Es wird empfohlen, den Zugang zur Staatsbürgerschaft zu erleichtern, Menschen mit Fluchterfahrung Zeit für politische Integration zu geben, frühzeitig auf sie zuzugehen und politische Bildungsangebote anzubieten, sowie Möglichkeiten für politische Beteiligung jenseits von Wahlen zu schaffen. Das Forschungsprojekt leistet Pionierarbeit zu dem Thema, da es bis jetzt keine derartigen Daten erhoben worden sind. Neben den Forschungsergebnissen ist vor allem die Methodik auch für künftige Erhebungen von großer Relevanz. Die partizipative Einbindung der Zielgruppe selbst war maßgeblich für den Erfolg des Projekts verantwortlich.

The project 'Inclusive Districts of Democracy' aims to research the participation and political aspirations of individuals with refugee experience in Vienna. The study underscores the necessity of enhancing democracy in Vienna to be more inclusive, particularly for the increasing population of individuals with refugee experience who often face exclusion from democratic processes such as elections. Through quantitative surveys and qualitative interviews, a range of insights have been obtained, indicating that individuals with refugee experience in Vienna form a diverse group, engaging in political activities in various ways. They require time and a pathway to citizenship to contribute more effectively to society. Recommendations include facilitating access to citizenship, providing opportunities for political integration, early engagement with this population, offering political education programs, and creating avenues for political participation beyond elections. The research project is pioneering in Austria, as no such data has been collected until now. In addition to the research findings, the methodology is of great relevance for future surveys. The participatory involvement of the target group was primarily responsible for the project's success.

Einleitung

Demokratie ist im Wandel. Das lässt sich global beobachten, wo ein Rückgang der Demokratie immer deutlicher wird (V-Dem Democracy Report, 2024). Auch auf lokaler Ebene haben sich in den letzten Jahren umfassende Veränderungen ereignet. In Wien hat sich beispielsweise aufgrund einer erhöhten Migration die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung stark verändert. Insgesamt haben 34 Prozent der in Wien lebenden Menschen keinen österreichischen Pass. Knapp 14 Prozent der Wiener Bevölkerung besitzt die Staatsbürgerschaft von Drittstaaten und ist somit von allen Wahlen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene ausgeschlossen (Stadt Wien, 2023). Aufgrund dieser Entwicklungen werden die Stimmen immer lauter, die vor einem wachsenden Demokratiedefizit warnen und Anpassungen der demokratischen Institutionen an die Lebensrealitäten fordern.

Ein Großteil der Menschen, die seit 2014 aus Drittstaaten nach Wien gekommen sind – rund 14.000 Personen – haben Fluchterfahrung. Da sie meistens aus wenig demokratischen Staaten geflohen sind, ist für sie die Teilnahme an demokratischen Prozessen und die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung an Politik und Gesellschaft nicht selbstverständlich. Der Weg zur Staatsbürgerschaft ist in Österreich teuer und langwierig und das Wahlrecht ist deshalb für viele in weiter Ferne. Einbürgerung in Österreich wird im europäischen Vergleich sehr restriktiv gehandhabt. Während in Schweden 2021 10 Einbürgerungen je 100 ansässige Ausländer durchgeführt wurden, liegt der Wert in Österreich bei 1,1 (Eurostat, 2023).

Der Migrant Integration Policy Index, der die Integrationspolitik für Ausländer:innen bewertet, stellt Österreich in Bezug auf politische Partizipation im Allgemeinen ein ernüchterndes Urteil aus: Es wurden nur wenige Möglichkeiten für politische Partizipation identifiziert und die Haltung Österreichs wurde als "nachteilig" ("unfavourable") beschrieben. Ausländische Staatsbürger:innen haben nur bedingt Wahlrechte, werden weder regelmäßig informiert noch konsultiert, und sie werden auch nicht substantziell in die lokale Zivilgesellschaft und das öffentliche politische Leben eingebunden (Solano & Huddleston, 2020).

Viele Menschen mit Fluchterfahrung in Wien sind daher von Gestaltungsprozessen ausgeschlossen; es mangelt ihnen an Möglichkeiten, sich politisch einzubringen, oft fehlt es auch an Vertrauen in die Politik. Gleichzeitig mangelt es auch an Fakten und Evidenz über die bereits existierende politische Beteiligung und die entsprechenden Einstellungen dieser Menschen. Welche Themen sind für sie von großer Relevanz, wie partizipieren sie in politischen Prozessen und wie engagieren sie sich gesellschaftlich? Welche Strukturen braucht es, um sie politisch zu inkludieren und welche Faktoren wirken sich förderlich auf eine politische Teilhabe von Menschen mit Fluchthintergrund aus? Es braucht Räume und Strukturen, um Teilhabe zu ermöglichen und selbstbestimmt mitzuwirken. Doch wie müssen diese aussehen, um zielgruppengerecht zu funktionieren? Ist es auf lokaler Ebene, im direkten Umfeld wo sich Menschen unmittelbar aufhalten, und das tägliche Leben stattfindet, wo Politik greifbar gemacht werden kann? Dort, wo Mitbestimmung ermöglicht, und Veränderung erlebt wird?

Migration und dessen Effekte sind auf lokaler Ebene am sichtbarsten und für die Betroffenen sowie auch Politiker:innen am spürbarsten (Buta & Gherghina, 2022). In vielen Städten sind es zivilgesellschaftliche Organisationen oder Migrant:innenbeiräte, die eine erste politische Anlaufstelle darstellen. Und auch der Eintritt in Parteien verläuft häufig auf Gemeindeebene (Lazarova et al., 2024).

Menschen mit Fluchterfahrung sind politische Subjekte und die Auseinandersetzung mit ihnen als solche birgt sowohl in der Politik als auch in der Forschung ein großes Potenzial. Pilotstudien, die 2021

und 2022 von Fremde werden Freunde und Dr. Tobias Spöri im kleineren Rahmen durchgeführt und von der MA 7 finanziert wurden, zeigen dies deutlich. Insgesamt gibt es generell kaum Forschung zu politischer Beteiligung von Menschen mit Fluchtgeschichte und für Österreich und Wien gibt es keine belastbare Datengrundlage. Vorgespräche mit Wiener Forschungsinstituten bestätigen, dass diese Personengruppe nicht abgedeckt und in Umfragen praktisch nie erreicht wird. Dadurch werden sie von einer Reihe von Forschungen exkludiert. Die eklatante Forschungs- sowie die Datenlücke soll im Rahmen des Projekts geschlossen werden, um damit einen maßgeblichen empirischen Beitrag zur akademischen und gesellschaftlichen Debatte zu leisten.

Das Projekt „Inclusive Districts of Democracy“ setzt an dieser Forschungslücke an, die sich auch als sehr relevante Praxislücke darstellt. Es beschäftigt sich mit den Hürden zu politischer Beteiligung von Menschen mit Fluchtgeschichte und den Möglichkeiten einer inklusiver gestalteten Demokratie in Wien. Primäres Ziel war es zu untersuchen, wie marginalisierte Personen mit Fluchtgeschichte besser von repräsentativen, demokratischen Institutionen vor allem auf Bezirksebene erreicht werden können und wie Wiens Demokratie damit inklusiver gestaltet werden kann. Durch verschiedene, sich ergänzende Methoden wurden zahlreiche Ergebnisse gewonnen, um in einem nächsten Schritt evidenzbasierte Lösungen zu entwickeln, um Demokratie zu stärken, anzupassen und auszubauen. Basierend auf den generierten Forschungsergebnissen wurde ein Dialogforum entwickelt und am 13. März 2024 im 9. Wiener Gemeindebezirk durchgeführt. Dieses Pilotformat ermöglichte einen verbesserten demokratiepolitischen Austausch zwischen Menschen mit Fluchterfahrung, Bezirksvertreter:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Im Fokus des Forschungsprojekts standen in Wien lebende Menschen mit Fluchtgeschichte, die nach 2014 nach Österreich kamen, über 16 Jahre alt sind und in Wien leben. Daraus ergibt sich folgende übergeordnete Forschungsfrage und Unterfragen:

Wie beteiligen sich Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien und was sind dabei Hürden, die eine stärkere Beteiligung verhindern?

- Wie kann Vertrauen zwischen Menschen mit Fluchtgeschichte und repräsentativen demokratischen Institutionen ausgebaut werden?
- Wie kann Wiens Demokratie inklusiver gestaltet werden?
- Wie können inklusive Dialogforen aussehen, die Austausch, Vertrauen und Wissen zwischen Menschen mit Fluchtgeschichte und demokratischen Institutionen auf Bezirksebene stärken und ausbauen?

Forschungsstand

Allgemein ist die Beteiligung von Menschen mit Fluchtgeschichte an den politischen Aktivitäten ihrer Gastländer weitgehend unerforscht (Solano & Huddleston, 2020; Jacobi, 2021). Häufig liegt der Fokus der Forschung auf Menschen mit Migrationshintergrund ohne Fluchterfahrung, insbesondere auf Kohortenvergleichen innerhalb dieser Gruppe und ihrem Wahlverhalten. Einige Studien untersuchen auch die transnationalen politischen Effekte von Migration, etwa wie im Ausland lebende Staatsbürger:innen oder die Beteiligung gewisser Communities. Wenig Forschung gibt es hingegen zu anderen Beteiligungsformen jenseits von Wahlen (Vintila & Martiniello, 2021).

Zu Menschen mit Fluchthintergrund im Speziellen, die sich erst seit kurzer Zeit im neuen Land befinden und fast immer aus autoritären Herkunftsländern kommen, gibt es kaum wissenschaftliche Literatur. Studien aus verschiedenen Kontexten versuchen, die Auswirkungen eines autoritären und nicht-demokratischen Herkunftslands auf die individuelle Teilhabe im neuen Land hat. Ob autoritäre Erfahrungen und ein nicht-demokratischer Kontext in den Herkunftsländern Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Demokratien haben ist jedoch nicht ausreichend erforscht. Einige Studien weisen auf die Herausforderungen der politischen Inklusion von Menschen aus autoritären Herkunftsländern hin (Lazarova et al., 2024) oder betonen die negativen Auswirkungen auf das Vertrauen in die Demokratie im Allgemeinen (Bilodeau et al., 2010).

Hinsichtlich des politischen und institutionellen Vertrauens zeigt sich, dass individuelle Erfahrungen mit Autokratie im Herkunftsland das Vertrauen der Menschen in ihre aktuelle Regierung entscheidend prägen. Selbst bei einem Wandel des politischen Systems bleibt das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, Politik und Regierungen bestehen und beeinflusst die Wahrnehmungen und das Vertrauen in die Regierungen der neuen Aufenthaltsländer (Voicu & Tufis, 2017; Newton et al., 2018; Xu & Jin, 2018).

Studien aus Australien und Kanada zeigen zudem, dass nicht-formale Partizipation wie Aktivismus oder die Teilnahme an Protesten durch Erfahrungen politischer Verfolgung und Unterdrückung behindert werden kann (Bilodeau, 2008; Bilodeau & Dumouchel, 2023). Nicht politisch verfolgt zu werden und ein subjektives Sicherheitsempfinden bei der politischen Ausübung spielen für in diesem Fall Menschen mit genereller Migrationsgeschichte eine zentrale Rolle in Ihrer politischen Beteiligung (vgl. Bilodeau et al., 2010). Jedoch lässt sich dieser Effekt nicht in Bezug auf das Wahlverhalten feststellen: Untersuchungen aus verschiedenen Kontexten zeigen, dass der Grad der Demokratisierung und Unterdrückung im Herkunftsland wenig eindeutige Auswirkungen auf das Wahlverhalten im Aufnahmeland hat (Bilodeau & Dumouchel, 2023; Bueker, 2005; Okundaye et al., 2022). Lazarova et al. (2024) betonen allerdings den signifikant positiven Effekt des Demokratieniveaus im Herkunftsland auf die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen mit Migrationsgeschichte einer politischen Partei im Aufnahmeland beitreten.

Diese geringe Vertretung und die mangelnde Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Legislative wurde in zahlreichen Studien für zahlreiche Länder festgestellt (Soare & Gherghina, 2024). Repräsentation von Minderheiten hat jedoch Auswirkungen auf das politische System selbst sowie die Mitglieder dieser Gruppen: Neben mangelnder Legitimität führt fehlende Repräsentation zu einem Vertrauensverlust, einem Verlust von Diversität und zielgruppengerechten Perspektiven. Mit Blick auf die Einzelnen erörtern Banducci et al. (2004), dass höhere Repräsentanz das politische Interesse und die Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichten fördert. Die Forschung zeigt zudem, dass Parteimitglieder meist aus einer homogenen Gruppe bestehen und die Vielfalt der Bevölkerung nicht widerspiegeln.

Demokratische Beteiligung muss erlernt werden und dies geschieht vor allem in einem ersten Schritt auf lokaler Ebene in der Gemeinde, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, gegebenenfalls in der Familie, in der Schule oder dem beruflichen Umfeld. Menschen, die diese „Schule der Demokratie“ durchlaufen, sprich Demokratie im direkten Umfeld erleben, neigen auch dazu sich generell stärker politisch auf anderen Ebenen zu engagieren (Carter, 2006; Pateman, 1970). Zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine spielen hierbei eine zentrale Rolle und bieten einen wichtigen Raum, um sich im nicht-formalen Rahmen am politischen Leben im Aufnahmeland zu beteiligen (Ragab & Antara, 2018). Forschung im internationalen Kontext legt zudem nahe, dass die frühzeitige Einbindung von Menschen mit Fluchtgeschichte in politische Prozesse sowohl positive Auswirkungen für die Personen selbst als auch für die Gesellschaft hat (Ziegler, 2017).

Die Partizipationsforschung hat gezeigt, dass eine vorhergegangene Nicht-Teilnahme an politischen Prozessen einen enormen Einfluss auf zukünftige Partizipation hat (Harmon-Jones & Harmon-Jones, 2002; Plutzer, 2002). Dies gilt vor allem für marginalisierte Gruppen wie Menschen mit Fluchtgeschichte. Frühe politische Einbindung von Neuangekommenen ist somit zentral für die politische Anpassung und die Aneignung demokratischer Fähigkeiten (Finseraas et al., 2022).

Um die Inklusion von Menschen mit Fluchtgeschichte zu verbessern, spielt die Wahrnehmung und das Wissen um Möglichkeiten der politischen Beteiligung gerade für diese Gruppe eine große Rolle. Neben der verbesserten Integration, vermittelt politische Teilhabe ein Zugehörigkeitsgefühl, das für eine mögliche spätere Einbürgerung zentral ist. Mögliche Beteiligungsformate sind vielfältig und inkludieren neben niederschweligen Aktivitäten wie Proteste, Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement auch Aktivitäten in Parteien, da die meisten Parteien in Österreich auch Drittstaatsangehörigen offenstehen (Braun et al., 2021).

Studien aus verschiedenen Kontexten zeigen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte steigend mit der Dauer des Aufenthaltes ein höheres Niveau politischer Beteiligung aufweisen (Dinsen & Andersen, 2022; de Rooij & Eline, 2012; Finseraas et al., 2022). Auch die Staatsbürgerschaft spielt in Bezug auf Inklusion eine zentrale Rolle: Haindorfer und Haller (2021) etwa zeigen positive Aspekte in Bezug auf verschiedenste Inklusionsmerkmale auf (politische Inklusion ist kein untersuchtes Merkmal) und Pilati zeigt etwa, dass Einbürgerung eine Rolle in der Häufigkeit von Protestaktivitäten spielt (vgl. 2017). Da sich die Forschung generell jedoch auf formale politische Teilhabe wie Wahlen bezieht, die eine Staatsbürgerschaft voraussetzen, ist die Rolle von Staatsbürgerschaftserwerb und nicht-formaler Teilhabe weitgehend unerforscht.

Methodologie

Die Studie zielt darauf ab, Partizipationserfahrungen und -hindernisse sowie politische Wünsche von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien systematisch zu erheben sowie Einschätzungen von Politiker:innen und Expert:innen der Verwaltung und der Zivilgesellschaft zu erhalten. Methodisch stützt sich die Studie deshalb auf einen Methodenmix von standardisierten Befragungen der Zielgruppe sowie qualitativen, leitfadengestützten Expert:inneninterviews. In allen Schritten wurde auf einen partizipativen und inklusiven Forschungsansatz gesetzt mit dem Ziel, die Zielgruppe aktiv in den Forschungsprozess miteinzubeziehen.

Zielgruppe & Grundgesamtheit

In dieser Erhebung setzt sich die Stichprobe aus unterschiedlichen Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien zusammen. Sie enthält Menschen, die die österreichische Staatsbürgerschaft schon erhalten haben oder den Status eines Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Wien besitzen. Hinzukommen jene Menschen, die zwar Fluchthintergrund, aber einen anderen Aufenthaltstitel haben (wie etwa humanitäres Aufenthaltsrecht). Das betrifft vor allem Menschen aus Afghanistan.

Genauere Daten über die Größe und Zusammensetzung der Grundgesamtheit an Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien liegen jedoch nicht vor. Es gibt zwar Statistiken, die die Rückschlüsse über die zu untersuchende Grundgesamtheit ermöglichen, allerdings lässt sich daraus nicht die genaue Anzahl oder etwa deren Verteilung nach Herkunftsland oder innerhalb Wiens Bezirken ablesen. So verzeichnet zum Beispiel das Bevölkerungsregister der Stadt Wien, das auf den Daten des Melderegisters beruht, Staatsbürgerschaft und Wohnort, es erfasst jedoch nicht den Aufenthaltstitel oder Status. Das bedeutet, dass anhand des Bevölkerungsregisters nicht zwischen Menschen mit Fluchtgeschichte und anderen Ausländer:innen, die etwa als Studierende nach Österreich gekommen sind, unterschieden wird. Zudem sind bereits eingebürgerte Personen nicht in der Statistik erfasst. Die Asylstatistik vom Bundesministerium für Inneres hingegen erfasst die positiven Bescheide und Anerkennungen des subsidiären Schutzes, gibt aber keinen Überblick über aktuelle Bestandszahlen aller zurzeit in Wien lebenden Menschen mit Fluchthintergrund. Durch die Kombination verfügbarer Statistiken ist es jedoch gelungen, die Gesamtheit so präzise wie möglich zu erfassen und eine Stichprobe zu erhalten, die der Gesamtpopulation möglichst nahekommt. Hier sei angemerkt, dass die Probleme bei der Stichprobenziehung im Projekt auch die unvollständigen administrativen Daten von asylberechtigten Menschen in Österreich generell verdeutlichen und verbessert werden müssen.

Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit fokussiert sich die Studie auf die am stärksten vertretenen Herkunftslandgruppen der letzten Jahre (BMI, 2024): Menschen mit Fluchtgeschichte aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Zusätzlich wurde versucht auch Menschen aus anderen Herkunftsländern, beispielsweise Somalia, der Russischen Föderation, dem Iran, der Ukraine sowie Staatenlose (diese Gruppe setzt sich insbesondere aus Palästinenser:innen zusammen) zu erreichen.

An dieser Stelle ist es wichtig transparent zu sein und zu betonen, dass in der Studie Menschen aus dem postsowjetischen Raum, insbesondere aus Belarus, Russland und der Ukraine, kaum repräsentiert sind. Diese Entscheidung wurde vom Forschungsteam bewusst getroffen, insbesondere mit Blick auf die zahlenmäßig größte Gruppe aus dem postsowjetischen Raum - Menschen, die seit Februar 2022 aus der Ukraine nach Österreich geflohen sind. Ziel des Projekts ist es, Veränderungen in politischen Einstellungen und Formen der Beteiligung im Laufe der Zeit zu untersuchen. Da der Großteil der ukrainischen Geflüchteten erst seit 2022 in Österreich ist, würden sie hauptsächlich in die

letzte Kategorie (Ankunft zwischen 2021 und 2023) der Aufenthaltsdauer in Österreich fallen. Darüber hinaus unterscheiden sich die Menschen aus der Ukraine in mehrfacher Hinsicht von den Menschen mit Fluchtgeschichte aus außereuropäischen Ländern. Etwa haben sie einen Sonderstatus als Vertriebene und damit einhergehend ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht in Österreich. Dieses besteht ab dem Zeitpunkt der Einreise nach Österreich und gilt derzeit zumindest bis März 2025. Zum Vergleich: 2023 wurde nur sechs Ukrainer:innen Asyl in Österreich gewährt. Zudem erhalten Ukrainer:innen automatisch einen "Ausweis für Vertriebene" und ihnen wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt in Österreich wesentlich erleichtert, insbesondere im Gegensatz zur Zielgruppe dieser Studie. Menschen aus der Ukraine wurden von der österreichischen Politik zudem bewusst als "Vertriebene" bezeichnet und damit bewusst nicht in die oftmals negativ konnotierte Kategorie der "Flüchtlinge" gesteckt. Für zukünftige Forschungsprojekte wäre es jedoch interessant und wünschenswert, Menschen mit Fluchthintergrund aus der Ukraine in Wien stärker als Gruppe in den Fokus zu rücken.

Die Basis für die Stichprobe der Studie basierte auf eigenen Berechnungen aus der Asylstatistik und des Bevölkerungsregisters der Stadt Wien und umfasste folgende Merkmale:

- Herkunftsland: Personen mit Fluchthintergrund aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und anderen Herkunftsländern, die seit 2014 in Österreich angekommen sind.
- Alter: Kategorisiert in Altersgruppen von 16 bis 25 Jahre, 26 bis 40 Jahre, 41 bis 59 Jahre und über 60 Jahre.
- Wohnort: Wohnhaft in Wien, mit entsprechender Verteilung auf die Wiener Gemeindebezirke.
- Geschlecht: Männlich, weiblich (mit Antwortoption divers).

Bis auf wenige Ausnahmen, beispielsweise Menschen aus Somalia oder Russland, ist es gelungen die gesetzten Quoten sehr gut zu erreichen. In Bezug auf die Herkunftsländer, Geschlecht und die Altersgruppe lag die durchschnittliche Abweichung von den Zielzahlen der Quoten bei nur acht Prozent. Bei den Bezirken liegt die durchschnittliche Abweichung der Quoten bei 20 Prozent. Dies liegt vor allem an den kleineren Bezirken, beispielsweise liegt die Quote vom 1. Wiener Gemeindebezirk für Menschen mit Fluchtgeschichte bei der erreichten Samplegröße von 436 Personen bei 0,36 Personen. Da in der Umfrage aber zwei Personen teilgenommen haben, die im ersten Bezirk wohnen, liegt die Abweichung bei 540 Prozent. Wenn man die Bezirke 1, 13 und 19 aus der Quote für die Bezirke herausnimmt, liegt die Abweichung von den Zielzahlen hier nur noch bei sechs Prozent. Es wurde somit in der Studie eine möglichst repräsentative Stichprobe auf Basis der zur Verfügung stehenden Datenlage gezogen.

Quantitative Erhebung

Bei der Konzipierung des Fragebogens wurde auf gängige Fragestellungen aus sozialwissenschaftlicher Partizipationsforschung zurückgegriffen und um studienspezifische Aspekte im Hinblick auf die Zielgruppe ergänzt. In einem offenen, partizipativen Workshop mit Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien, Politikwissenschaftler:innen und dem Forschungsteam wurden vorab relevante Fragestellungen besprochen und ausgewählt. Nach Finalisierung des Fragebogens wurde dieser auf Englisch, Farsi/Dari und Arabisch übersetzt. Damit die Befragten möglicherweise für sie sensible Fragen auch überspringen können, waren nicht alle Fragen verpflichtend auszufüllen, weshalb die Stichprobengröße je nach Frage etwas variiert.

Die Umfrage wurde durch Pre-Tests von Personen der Zielgruppe auf technische Funktionalität, Inhalt und Sprache geprüft und anschließend angepasst und verbessert. Pre-Tests sind ein gängiges

Instrument der sozialwissenschaftlichen Forschung, um die Eignung und Verständlichkeit des Fragebogens für die Zielgruppe zu beurteilen.

Die Datenerhebungsphase begann am 1. September 2023 und endete am 10. Jänner 2024. Nach der Programmierung der Umfrage wurde mit der Online-Befragung begonnen (QuestionPro), die anfangs mittels Schneeballsystems und basierend auf der Vernetzung von Fremde werden Freunde in die entsprechenden Communities ausgeschickt wurde. Zusätzlich wurden Flyer mit zur Umfrage führenden QR-Codes an diverse Organisationen übermittelt und in den Verteilern des Forschungsteams und deren Kontakten geteilt (E-Mail, Social Media, WhatsApp und Telegram). Jegliche Aussendung an die betreffende Zielgruppe erfolgte durch Kommunikation in der jeweiligen Landessprache (Arabisch und Dari/Farsi) sowie einer deutschen Übersetzung. In einem weiteren Schritt wurden Teilnehmer:innen gezielt in hochfrequentierten Plätzen wie Geschäften oder Märkten von arabisch- bzw. farsisprechenden Interviewer:innen aufgesucht. Diese Erhebung wurde stets von Menschen mit Fluchthintergrund durchgeführt.

Da Menschen aus Afghanistan anfangs weniger gut erreicht wurden, wurden im Verlauf der Feldarbeit zusätzlich Fragebögen für die afghanische Community ausgedruckt und mittels Face-to-Face Befragung ausgefüllt. Grund für den geringen Rücklauf waren Sicherheits- und Datenschutzbedenken seitens der Befragten aus Afghanistan. Dieses Feedback wurde von der arabischsprachigen Community beispielsweise nicht übermittelt, hier wurde eine Online-Befragung bevorzugt und gut angenommen. Das Ausfüllen erfolgte auf den eigenen Geräten der Teilnehmer:innen. Etwa zwei Drittel der Fragen waren verpflichtend zu beantworten, die durchschnittliche Interviewdauer lag bei 13 Minuten.

Insgesamt konnten 927 Personen erreicht werden, 352 von Ihnen brachen die Umfrage vorzeitig ab und konnten somit nicht inkludiert werden. Weitere 139 Befragte lagen außerhalb des vorab festgelegten Stichprobenbereichs (Alter, Aufenthaltsdauer sowie Aufenthaltsstatus) und konnten auch deshalb nicht berücksichtigt werden. Die finale Stichprobe beläuft sich folglich auf 436 Personen von denen 319 alle Fragen ausgefüllt haben.

Selektionseffekte

Das Erhebungsdesign sah ursprünglich die Selbsterfassung durch einen selbst auszufüllenden Online-Fragebogen vor, was aus zwei Gründen das Potenzial für eine mögliche Verzerrung der Stichprobe birgt: Zum einen wurde zum Ausfüllen des Fragebogens ein Internetzugang vorausgesetzt. Zum anderen setzte die Teilnahme eine Alphabetisierung voraus. Es ist davon auszugehen, dass formal höhergebildete Personen den Fragebogen eher beantworten als formal geringgebildete Menschen, insbesondere Analphabet:innen. Daher kommt es in der Stichprobe vermutlich zu einer positiven Selektion bezüglich des Bildungsniveaus. Auf Rückmeldung der afghanischen Community hin wurde der Fragebogen auch ausgedruckt und mittels Face-to-Face Befragung ausgefüllt. Inwieweit damit der Verzerrung der Stichprobe entgegenwirken konnte, lässt sich aber nicht erheben.

Soziodemographisches Profil der Stichprobe

Bevor die Ergebnisse vorgestellt werden, bietet der folgende Abschnitt einen Überblick über das Profil und die Hintergründe der Befragten.

Anzahl Staatsbürgerschaft/ Herkunft

Land	Staatsbürgerschaft	Herkunft
Afghanistan	120	130
Ägypten	1	1
Algerien	1	1
Indien	2	2
Irak	22	22
Iran	8	9
Jemen	3	3
Marokko	1	1
Nigeria	3	3
Österreich	18	-
Pakistan	2	2
Somalia	4	4
Staatenlos/Palästina	15	15
Syrien	235	242
Türkei	1	2
Gesamt	436	436

Die größte Staatsangehörigkeitsgruppe unter den Befragten stellen Syrer:innen (54 Prozent) dar, gefolgt von Afghan:innen (27 Prozent) und Iraker:innen (fünf Prozent). Außerdem wurden einigen Teilnehmer:innen bereits die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen (vier Prozent).

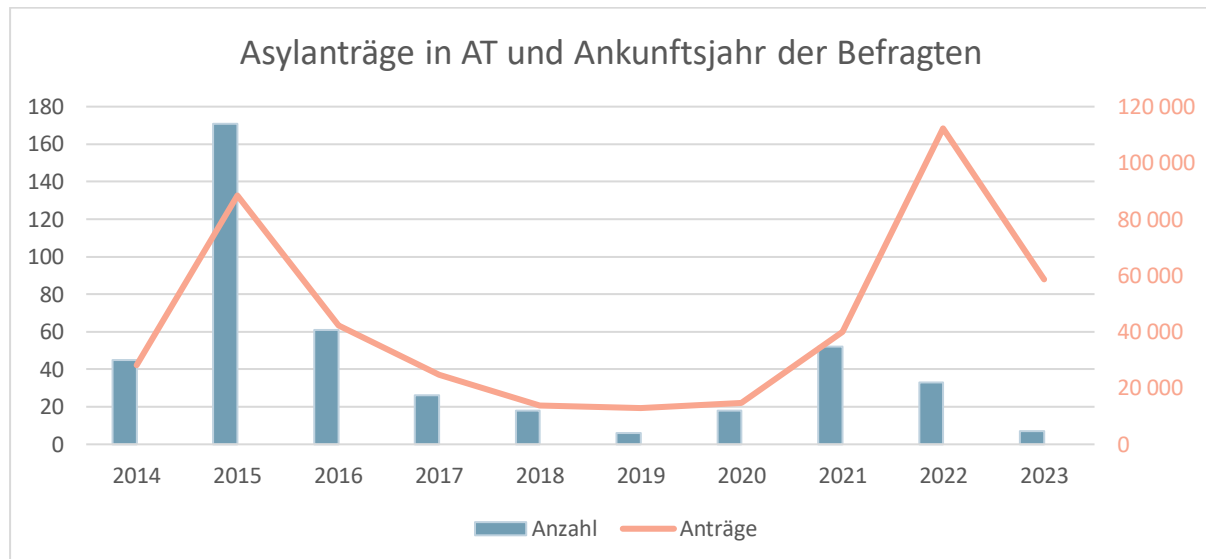
Alter der Befragten

Alter	#
16-25	162
26-40	189
41-59	72
60+	13
Gesamt	436

Das Alter wurde in Altersgruppen abgefragt. Die Befragung richtete sich an Personen über 16 Jahren, bei unter 16-Jährigen wurde die Umfrage automatisch beendet. 44 Prozent der Befragten waren 26 – 40 Jahre, 37 Prozent 16 – 25, 16 Prozent 41 – 59 und drei Prozent über 60.

Insgesamt wurden 176 Frauen (40 Prozent) und 255 Männer (59 Prozent) interviewt. Eine Person identifizierte sich als divers, drei weitere wollten keine Angaben zu ihrem Geschlecht machen.

Befragt wurden nur Personen, die 2014 oder später nach Österreich kamen. Diese Einschränkung wurde vorgenommen, da man sich auf die Menschen mit Fluchtgeschichte von 2015 und 2016 konzentrieren wollte. Die mittlere bisherige Aufenthaltsdauer beträgt bei den Befragten 7,1 Jahre. Mehr als ein Drittel der Befragten – 171 Personen – kam 2015 nach Österreich, 14 Prozent 2016 und zwölf Prozent 2021.



N= 436

Hinsichtlich des Aufenthaltsstatus befinden sich in der Stichprobe insgesamt 73 Prozent Asylberechtigte, 11 Prozent stehen unter subsidiärem Schutz, weitere 11 Prozent haben einen anderen Aufenthaltstitel (z.B. humanitärer Aufenthaltstitel, nicht näher spezifiziert) und vier Prozent haben bereits die österreichische Staatsangehörigkeit.

In Bezug auf das Bildungsniveau ergeben sich drei etwa gleichgroße Gruppen: 184 Personen bringen geringe Ausbildung mit (neun Prozent keine schulische Bildung, neun Prozent Volksschule oder äquivalent, 24 Prozent Mittelschule oder äquivalent), 30 Prozent geben an über einen sekundären Bildungsabschluss zu verfügen und 27 Prozent verfügen über einen Hochschulabschluss. Über ein Drittel der Befragten gab jedoch an, derzeit Schüler:in, in Ausbildung oder Student:in zu sein (35 Prozent). 41 Prozent gaben an, aktuell erwerbstätig zu sein, 16 Prozent arbeitssuchend, weitere 16 Prozent der Befragten gab an, zu Hause zu sein (Mutterschutz, Elternzeit, Pflege von Angehörigen, Care Arbeit oder andere Gründe), drei Prozent war bereits in Pension und weitere drei Prozent nannte sonstige Tätigkeiten.

Da sich die Studie auf Teilhabe auf Bezirksebene fokussierte, wurde auch der Wohnbezirk abgefragt und versucht die Verteilung auch an die entsprechende Grundgesamtheit anzupassen. Die stärksten Bezirke sind die folgenden: 24 Prozent der Befragten leben in Favoriten, acht Prozent in Floridsdorf, sieben Prozent sowohl in Simmering, Meidling, Ottakring und in Rudolfsheim-Fünfhaus, sechs Prozent in der Donaustadt und fünf Prozent in der Brigittenau.

Der Fragebogen wurde in vier Sprachen angeboten, 59 Prozent füllten den Fragebogen auf Arabisch aus, 26 Prozent auf Farsi, 14 Prozent auf Deutsch und zwei Prozent auf Englisch. Der Fragebogen wurde tendenziell häufiger von Menschen mit afghanischer Herkunft und von jüngeren Respond:innen auf Deutsch ausgefüllt. Wie erwartet stieg auch der Anteil an deutschen Antworten mit der Dauer des Aufenthalts.

Qualitative Interviews

Parallel zur Erhebung wurden leitfadengestützte Interviews mit Wiener Politiker:innen sowie Expert:innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft durchgeführt.

Die Interviews dienen dem Hintergrundwissen sowie einer Kontextualisierung der Ergebnisse. Angefragt wurden 17 Interviews, durchgeführt wurden 13 Interviews.

Liste der Expert:inneninterviews

Name	Institution	Bereich
Saya Ahmad	Bezirksvorsteherin 1090 (SPÖ)	Politik
Florian Brand	Gebietsbetreuung Stadtteilbüro für die Bezirke 7, 8, 9, 16, 17 und 18	Verwaltung
Aysun Celik	Jugendzentrum 9	Zivilgesellschaft
Christine Dubravac-Widholm	Bezirksvorsteherin 1200 (SPÖ)	Politik
Godswill Eyawo	Migrant:innenbeirat Graz	Zivilgesellschaft
Marcus Franz	Bezirksvorsteher 1100 (SPÖ)	Politik
Sabrina Halkic	Lokale Agenda 21	Zivilgesellschaft
Wencke Hertzsch	Referatsleiterin der Wiener Klimateam (MA 20)	Verwaltung
Aline-Marie Hoffmann	Stadt Wien. Geschäftsgruppe Klima, Umwelt Demokratie und Personal	Verwaltung
Verena Mayrhofer Iljić	Wiener Hilfswerk Nachbarschaftszentrum 16	Zivilgesellschaft
Sarah Theierling	Menschenrechtsbüro der Stadt Wien	Verwaltung
Ümmü Selime Türe	Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus.	Zivilgesellschaft
Thomas Weber	Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat und Landtag (NEOS)	Politik
Katharina Zahradnik-Stanzel	Referentin (MA17)	Verwaltung

Ergebnisse

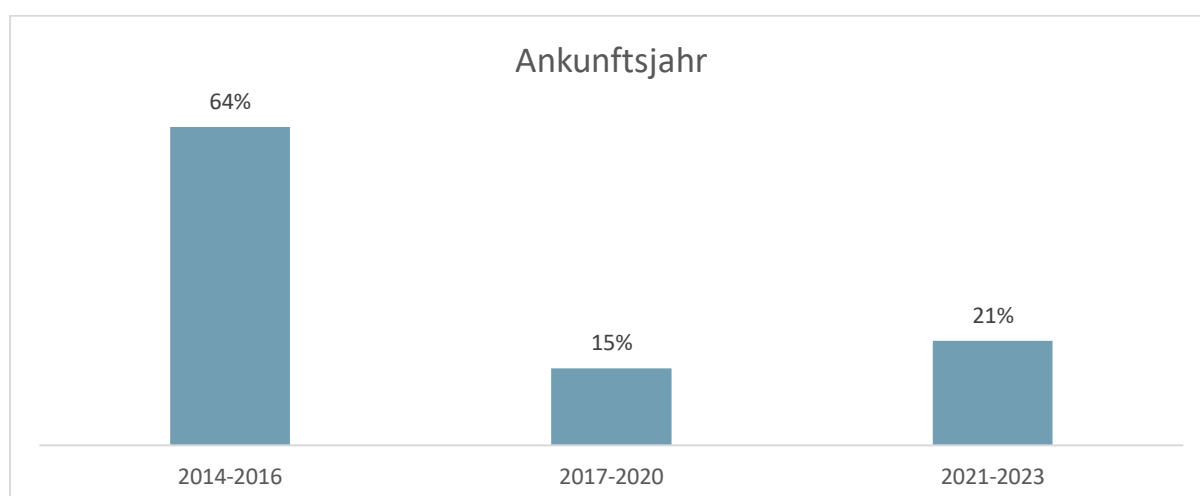
Fluchtgründe und Aufenthaltsstatus

Um zu verstehen, wie und warum sich Menschen (nicht) in Österreich beteiligen ist ein Verständnis über die Fluchtgründe der Menschen Voraussetzung. Mangelnde Sicherheit im Herkunftsland war für vier von fünf Befragten ein Grund für die Flucht nach Europa. Eine von fünf Personen gab zudem an, dass sie in ihrem Herkunftsland politisch verfolgt wurde. Zwölf Prozent haben ihr Herkunftsland verlassen, da aus ihrer Sicht dort kein gutes Leben möglich war und sechs Prozent wollten ihr Glück in Europa versuchen. Bei der Frage waren Mehrfachnennungen möglich. So gaben beispielsweise zwei von drei politisch Verfolgten weitere Gründe für die Flucht an. In Bezug auf den Fluchtgrund lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen Herkunftsländern feststellen. Einzig der Aspekt des Menschenhandels wurde ausschließlich von den beiden Befragten aus Nigeria als Fluchtgrund angegeben.



N = 436

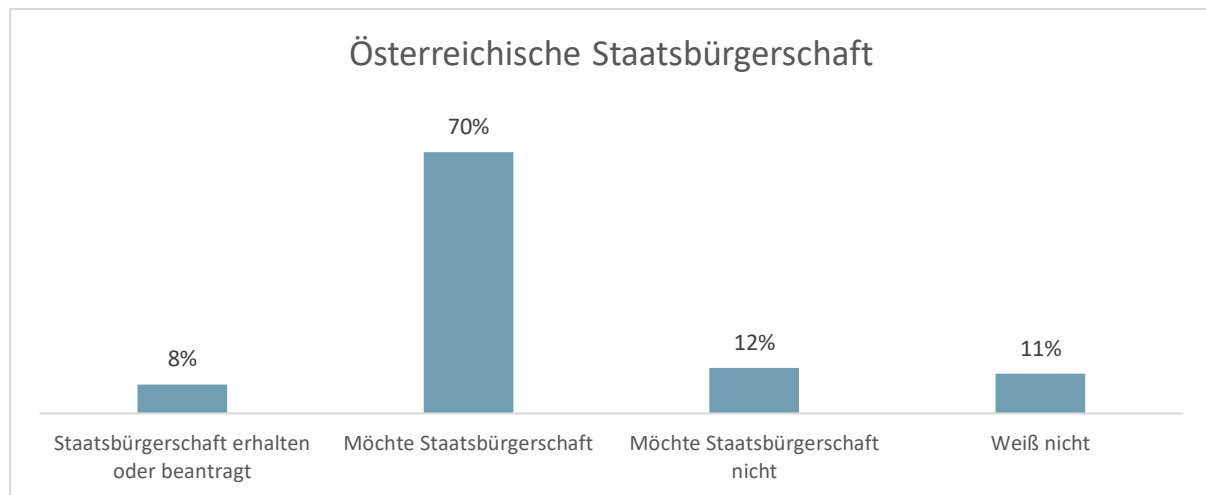
Wie ausgeführt beträgt die mittlere bisherige Aufenthaltsdauer bei den Respondent:innen 7,1 Jahre. Um die Auswirkung der bisherigen Aufenthaltsdauer in Wien besser vergleichen zu können, wurden die Ankunftsjahre wie folgt zusammengefasst.



N = 436

Knapp zwei Drittel der Befragten kamen zwischen 2014 und 2016, 15 Prozent zwischen 2017 und 2020 und 21 Prozent zwischen 2021 und 2023 in Österreich an.

Der Erhalt der Staatsbürgerschaft setzt unter anderem eine Mindestaufenthaltsdauer von sechs Jahren in Österreich ohne Unterbrechung voraus. Daneben gibt es viele bürokratische und ökonomische Hürden. Das zeigt sich auch in unseren Daten: Grundsätzlich empfinden es die allermeisten Menschen mit Fluchthintergrund (86 Prozent) in Wien als schwer oder sehr schwer die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Dass jedoch immer mehr Menschen, die seit 2014 nach Österreich geflohen sind, die Staatsbürgerschaft erhalten können, macht sich auch im Sample dieser Studie bemerkbar. Acht Prozent der Befragten haben die österreichische Staatsbürgerschaft schon erhalten oder haben sie zumindest schon beantragt. Wie groß das Interesse am Erhalt der Staatsbürgerschaft ist, verdeutlicht die untenstehende Grafik.



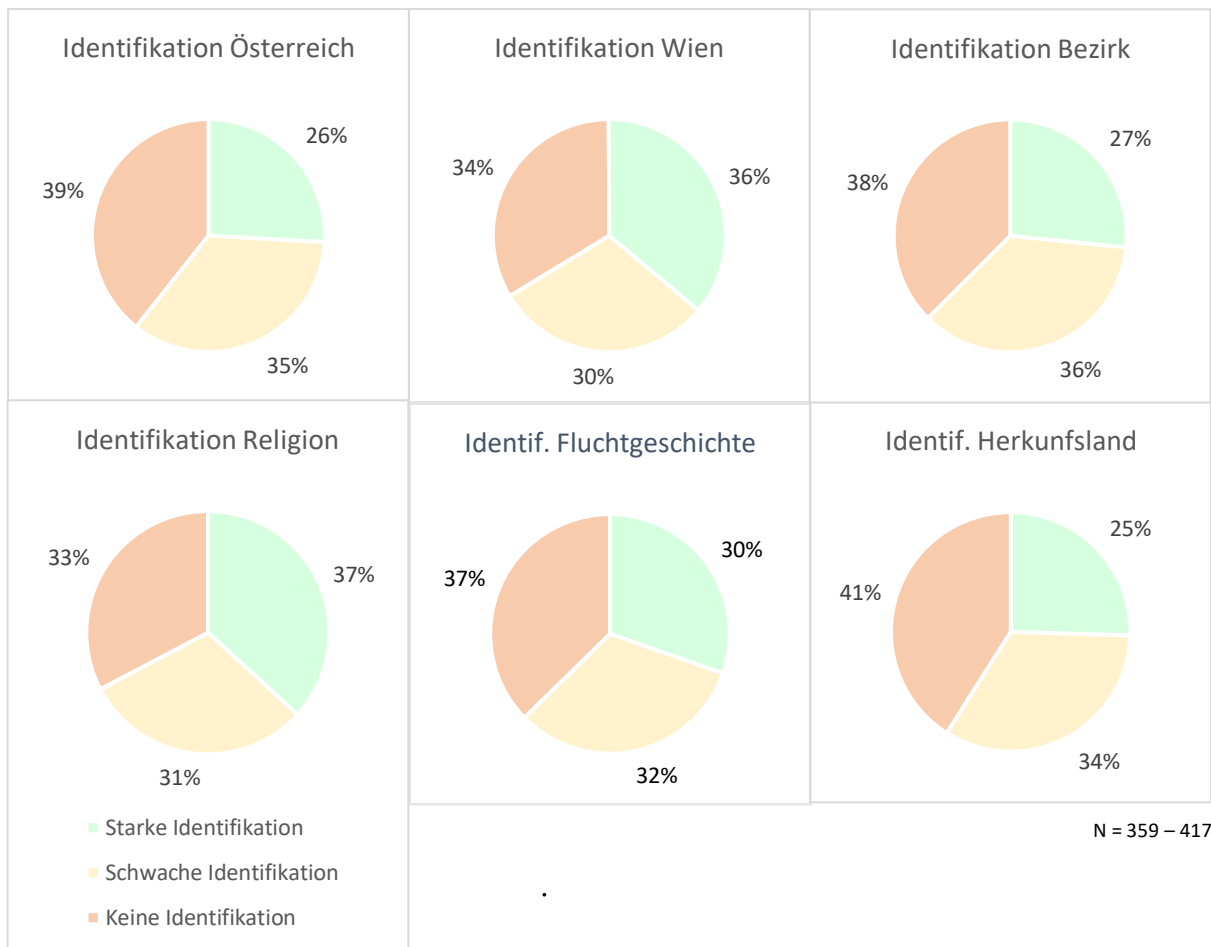
N = 432

70 Prozent der Befragten haben vor, die österreichische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Zwölf Prozent wollen dies hingegen nicht tun und 11 Prozent können es aktuell nicht genau sagen. Auch wenn womöglich nicht alle die Staatsbürgerschaft letzten Endes auch wirklich erhalten werden bzw. die anderen Kriterien erfüllen können, verdeutlichen diese Zahlen, wie groß das Interesse an der Staatsbürgerschaft unter Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien ist. Auch, wenn bisher nur sehr wenige dieser Gruppe aktuell wählen dürfen, zeigen die Daten wie wichtig es jetzt schon auf lange Sicht ist, auf diese Personengruppe politisch zuzugehen und sie nach Möglichkeit einzubinden.

Einstellungen und Wahrnehmung von Politik und Demokratie

Mit der Ausnahme der zwei Befragten aus Indien stammen alle Befragten aus nicht-demokratischen und autoritären Herkunftsländern (Economist Intelligence, 2023). Zudem hat bisher nur rund ein Drittel, größtenteils in einem autoritären Kontext, an Wahlen in ihrem Herkunftsland teilgenommen, bevor sie nach Österreich gekommen sind. Die demokratischen Erfahrungen fallen somit für die meisten Menschen mit Fluchtgeschichte vor ihrer Ankunft in Österreich gering aus. Grundsätzlich zeigt sich in diesem Kontext, dass die allermeisten der Befragten froh sind in einem demokratischen Land wie Österreich (84 Prozent Zustimmung) und in einer sicheren Stadt wie Wien (89 Prozent Zustimmung) zu leben.

Neben der Bedeutung für die Befragten in Sicherheit und einer Demokratie zu leben wurden die Personen nach ihrer Identifikation mit Österreich, Wien, dem Bezirk in Wien, ihrem Herkunftsland, ihrer Religion (sofern vorhanden) und ihrer Fluchtgeschichte befragt.



Die positive Konnotation von Wien als sichere Stadt zeigt sich auch in Bezug auf die Identifikation der Befragten: 36 Prozent identifizieren sich stark mit Wien, das ist hinter der Identifikation mit Religion mit 37% der zweithöchste Wert und liegt vor jener mit dem Bezirk (27 Prozent), Österreich (26 Prozent), dem Herkunftsland (25 Prozent) und der Fluchtgeschichte mit 30 Prozent. 30 Prozent identifizieren sich überhaupt nicht mit Wien, das ist der geringste Wert hinsichtlich aller Identifikationsmerkmale.

Wie bei Menschen ohne Fluchtgeschichte, zeigt sich auch bei den Befragten in Wien, dass die Identifikation nicht auf ein Land oder eine Religion beschränkt ist. Menschen haben mehrere Identitäten und es wäre ein Fehler Menschen mit Fluchtgeschichte nur auf ihr Herkunftsland oder ihre Fluchtgeschichte zu reduzieren. In diesem Kontext ist der Vergleich der Identifikation von Österreich mit dem Herkunftsland spannend.

Identifikation mit Österreich und Herkunftsland

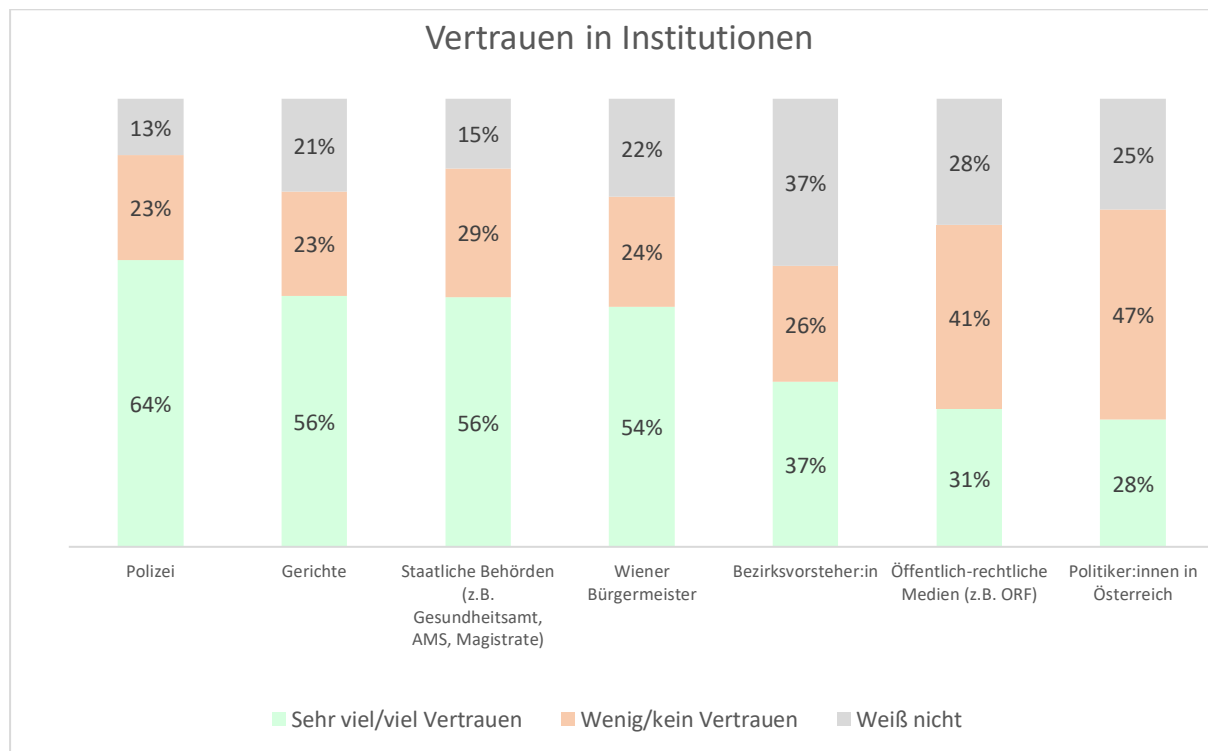
		Herkunftsland		
		Starke Identifikation	Schwache Identifikation	Keine Identifikation
Österreich	Starke Identifikation	23 %	8 %	5 %
	Schwache Identifikation	10 %	17 %	10 %
	Keine Identifikation	7 %	9 %	11 %

N = 358, die Schriftgröße der Ergebnisse wurde je nach prozentuellem Anteil angepasst

Die Tabelle verdeutlicht dabei, dass die größte Gruppe der Befragten sich sowohl mit Österreich als auch mit dem Herkunftsland stark identifiziert (23 Prozent). Entgegen dem gängigen Vorurteil fällt die Gruppe jener, die sich stark mit dem Herkunftsland, aber nicht mit Österreich identifizieren mit etwa sieben Prozent vergleichsweise gering aus.

Außerdem ist aus den Daten ersichtlich, dass es Zeit benötigt, bis die Identifikation mit dem neuen Land bzw. der Stadt entsteht. So weist die Gruppe der Befragten, die 2014 bis 2016 nach Österreich gekommen ist im Vergleich zu den Personen, die nach 2016 nach Österreich gekommen sind, immer die höchsten Identifikationswerte mit Österreich (29 Prozent), Wien (38 Prozent) und dem Bezirk (29 Prozent) auf.

Neben der Identifikation mit Österreich, der Stadt Wien oder dem Wohnbezirk, spielt grundsätzlich das das Vertrauen in demokratische Institutionen eine zentrale Rolle für politische Beteiligung. Die untenstehende Grafik verdeutlicht wie sehr Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien zentralen Institutionen der Demokratie in Österreich wie etwa Politiker:innen, Medien oder auch Behörden vertrauen.



N = 419 – 425

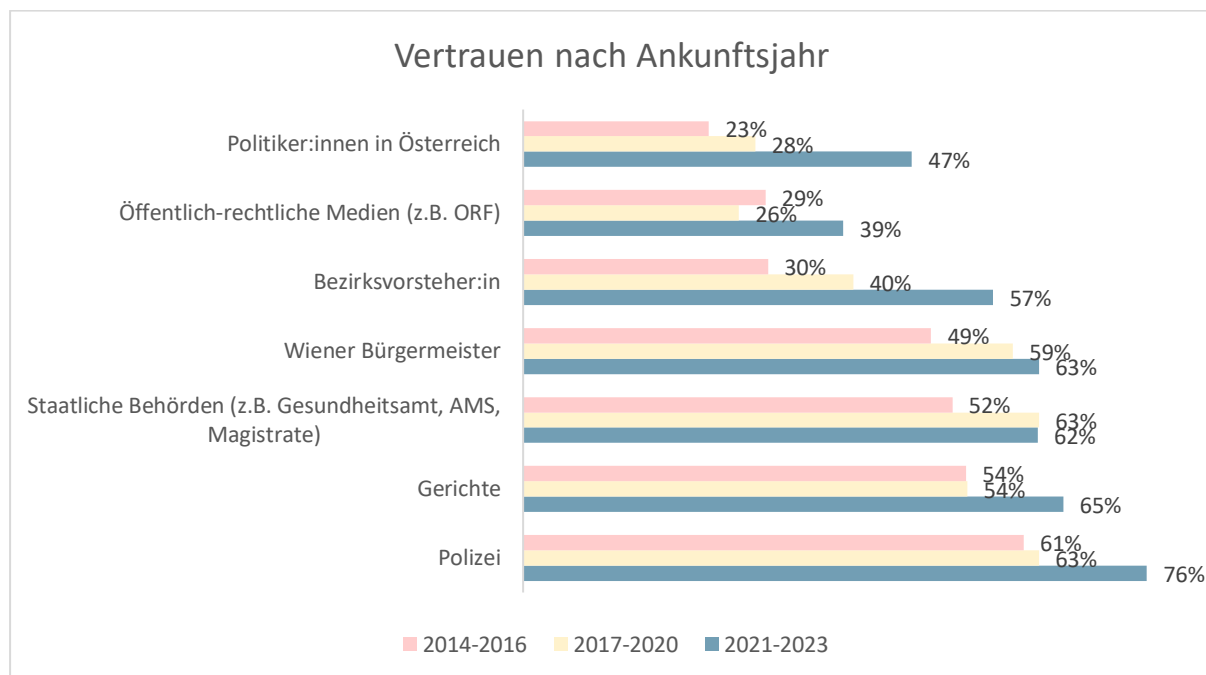
Wie häufig in Studien zum Vertrauen in demokratische Institutionen der generellen Bevölkerung haben auch Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien das größte Vertrauen in die Polizei (64 Prozent), Gerichten (56 Prozent) und staatlichen Behörden (56 Prozent). Dem Wiener Bürgermeister vertraut ebenfalls noch eine Mehrheit von 54 Prozent. Das Vertrauen einer Minderheit der Befragten genießen im Vergleich dazu die Bezirksvorstehung (37 Prozent), öffentlich-rechtliche Medien (31 Prozent) und generell Politiker:innen in Österreich (28 Prozent).

Diese Zahlen scheinen auf den ersten Blick recht überraschend, decken sich aber mit den Vertrauenswerten der Gesamtbevölkerung: 32 Prozent der in Österreich lebenden Menschen haben (viel) Vertrauen in die österreichische Bundesregierung, 75 Prozent hingegen vertrauen der Polizei, der Justiz vertrauen 67 Prozent und den Behörden 60 Prozent (vgl. SORA, 2023). Das Vertrauen in

demokratischen Institutionen von Menschen mit Fluchtgeschichte unterscheidet sich somit nur bedingt von der Gesamtbevölkerung in Österreich.

Da auch bei der generellen Bevölkerung in Wien die jeweilige Bezirksvorstehung weniger bekannt als der Wiener Bürgermeister ist, wurden die Personen zudem danach befragt, ob sie die Bezirksvorstehung überhaupt kennen. 26 Prozent der Befragten gaben an, zu wissen welche Person die bzw. der Bezirksvorsteher:in ist. Das Vertrauen dieser Gruppe in die Bezirksvorstehung liegt bei knapp 50 Prozent und somit deutlich über dem durchschnittlichen Wert. Dies verdeutlicht unter anderem die Bedeutung von Sichtbarkeit und Nähe durch die Bezirksvorsteher:innen. Durch Nähe und den persönlichen Kontakt, vor allem auf lokaler Ebene, kann Bekanntheit und letzten Endes auch Vertrauen gewonnen werden.

Die Entwicklung des Vertrauens im Hinblick auf die Aufenthaltsdauer in Österreich zeigt ein spannendes Bild. Durch fast alle erhobenen Daten hinweg, wirkt sich die Aufenthaltsdauer positiv auf Einstellungen zur Politik und Demokratie aus. Bezüglich des Vertrauens in demokratische Institutionen verdeutlichen die Daten aber ein gegensätzliches Bild: Die Dauer wirkt sich in diesem Fall negativ auf das Vertrauen aus, sprich je länger die Menschen in Österreich sind, desto weniger vertrauen sie den demokratischen Institutionen.



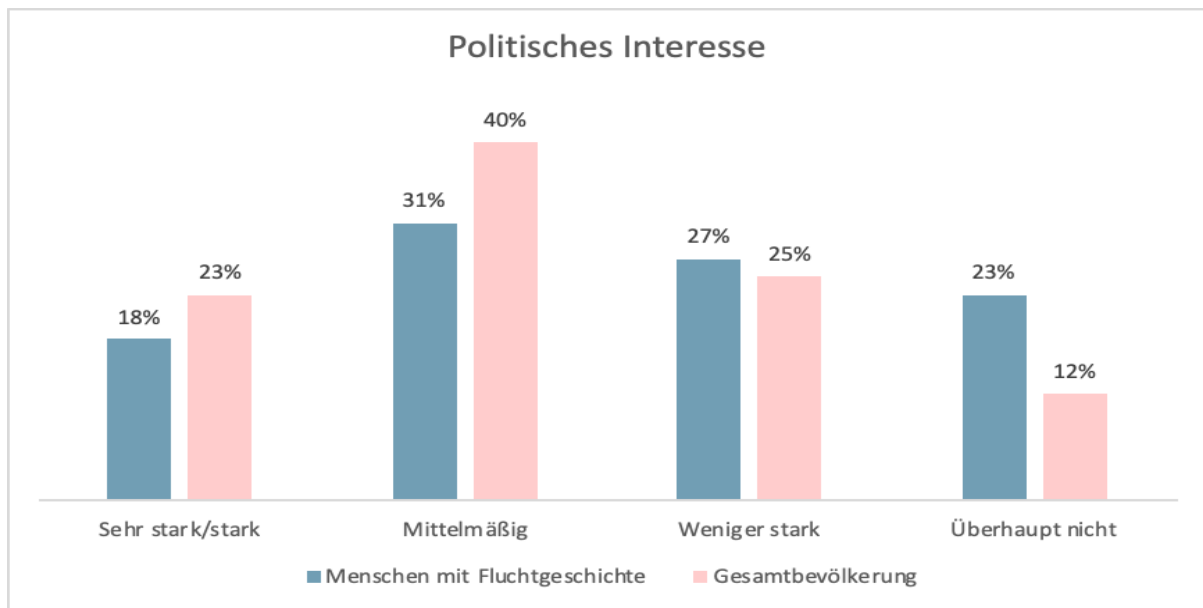
N = 419 – 425

Dieses Bild zeigt sich in Bezug auf alle abgefragten Bereiche in unterschiedlichen Ausprägungen, am eklatantesten lässt sich der Vertrauensverlust in Politiker:innen und Bezirksvorsteher:innen ablesen.

Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass Menschen aus undemokratischen Herkunftsländern mit (zu) hohen Erwartungen an Politik und Institutionen nach Österreich kommen und sie deshalb einen beträchtlichen Vertrauensvorschuss gewähren. Dieser Vertrauenswert passt sich dann im Verlauf des Aufenthalts an den Wert der österreichischen Durchschnittsbevölkerung an. Andere Studien (vgl. Dinesen & Andersen, 2022; Quaranta, 2023) kommen oft zu einem ähnlichen Befund und konstatieren, dass ein längerer Aufenthalt dazu führen kann, dass Menschen mit Fluchtgeschichte in ihrer Skepsis gegenüber Institutionen den einheimischen Bürgern ähnlicher werden.

Neben dem Vertrauen in Politiker:innen und Institutionen ist zusätzlich auch ein gewisses politisches Interesse erforderlich, um eine weitere Beteiligung zu fördern. In Bezug auf das politische Interesse

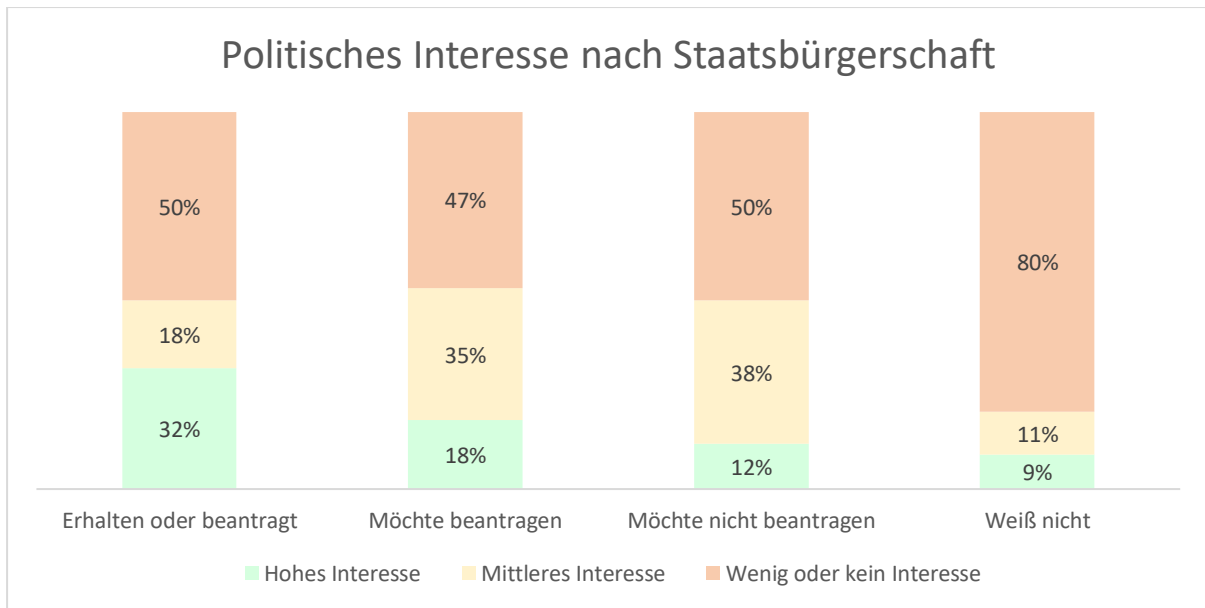
von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien zeigen sich auch hier Parallelen zur österreichischen Gesamtbevölkerung.



N = 433

18 Prozent in der Studie der Befragten interessieren sich stark oder sehr stark für Politik, 31 Prozent mittelmäßig, 27 Prozent weniger stark und mit 23 Prozent knapp ein Viertel überhaupt nicht. Im Vergleich mit der österreichischen Gesamtbevölkerung zeigt sich dabei der größte Unterschied bei jenen, die überhaupt kein Interesse an Politik haben. In Österreich liegt dieser mit zwölf Prozent deutlich niedriger als bei den in der Studie Befragten (23 Prozent). Dies ist mitunter auf die geringe Aufenthaltsdauer zurückzuführen. In der Gruppe, die zwischen 2021 und 2023 nach Österreich gekommen ist, ist das politische Interesse am geringsten ausgeprägt. Auch hier benötigt es Zeit, damit das politische Interesse größer wird. Es zeigt sich im zeitlichen Verlauf somit auch hier eine Anpassung an die österreichische Gesamtbevölkerung, hier jedoch mit positiver Tendenz. Jene Menschen, die schon am längsten da sind, haben das größte Interesse an Politik.

Die Perspektive oder gar den Erhalt der Staatsbürgerschaft stellt in Bezug auf das politische Interesse eine Art "Gamechanger" dar. Das größte Interesse besteht bei jener Gruppe, die die österreichische Staatsbürgerschaft bereits erhalten oder beantragt hat.



N = 433

Je nach Position zur Staatsbürgerschaft verringert sich das politische Interesse. Am geringsten ist das politische Interesse in der Gruppe, die nicht weiß, ob sie die Staatsbürgerschaft beantragen möchte oder nicht. Dies ist grundsätzlich eine Gruppe, die generell die in Bezug auf viele Variablen die niedrigsten Werte in der Studie aufweist. Mit 58 Prozent der Befragten interessiert sich der größte Teil der Befragten sowohl für Politik in Österreich als auch für jene im Herkunftsland. 34 Prozent gab an, sich nur für die Politik in Österreich zu interessieren und neun Prozent ausschließlich für die Politik im Herkunftsland. Dies lässt sich auch beim Informationsverhalten über Politik der Befragten beobachten. Ähnlich wie bei der Identifikation mit Österreich und dem Herkunftsland informieren sich die meisten entweder regelmäßig über das politische Geschehen in Österreich und dem Herkunftsland (23 Prozent der Befragten) oder sie informieren sich über beide Länder ähnlich gering bis gar nicht (29 Prozent).

Informationsverhalten über Österreich und Herkunftsland

		Information über Österreich		
		Täglich/mehrmals pro Woche	Mindestens einmal pro Woche	Mindestens einmal im Monat/nie
Information über Herkunftsland	Täglich/mehrmals pro Woche	23 %	5 %	6 %
	Mindestens einmal pro Woche	9 %	7 %	8 %
	Mindestens einmal im Monat/nie	9 %	4 %	29 %

N = 417, die Schriftgröße der Ergebnisse wurde je nach prozentuellem Anteil angepasst

Gerade in Wien auf Bezirksebene spielen die Bezirkszeitungen (BZ und Bezirksblatt) eine zentrale Rolle, die die Menschen über Nachrichten aus dem Bezirk informieren soll. Runde ein Viertel der Befragten gab an, die Bezirkszeitung zu kennen. Immerhin 58 Prozent jener, die sie kennen, haben sich auch schon einmal darin über den Bezirk informiert. Hier zeigen sich ein wenig überraschend

keine Unterschiede bei den Altersgruppen. Junge Menschen mit Fluchtgeschichte werden somit genauso gut mit den lokalen Medien erreicht wie ältere Gruppen.

Die bisher besprochenen Aspekte, wie die Identifikation mit Österreich, Wien oder dem Bezirk, das politische Interesse oder das Vertrauen in politische Institutionen stellen wichtige Eckpfeiler dar, wenn es um die politische Beteiligung von Menschen, auch jenen mit Fluchtgeschichte, geht. Wie die Pilotstudie von Fremde werden Freunde schon aufgezeigt hat, spielen Vorbilder in der Politik für Menschen mit Fluchtgeschichte eine große Rolle (vgl. Braun, 2021). Durch diese Umfrage ließ sich die damalige Erkenntnis der Pilotstudie nun auch in Zahlen quantifizieren. Mit 44 Prozent gab etwas weniger als die Hälfte der Befragten an, dass Menschen mit Fluchtgeschichte zu wenig in Wiens Politik vertreten sind. Des Weiteren stimmten 64 Prozent der Aussage zu, dass man „Menschen wie mich nur sehr selten in politischen Parteien findet“. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gab zudem an, dass politische Entscheidungen in Wien kaum Minderheiten berücksichtigen (55 Prozent). Die höchsten Zustimmungswerte finden sich dabei jeweils in den Gruppen, die am längsten in Österreich sind.

Auch Bezirksvorsteherin Saya Ahmad die selbst Fluchtgeschichte hat, sprach über ihre Rolle: *„Also ich habe einen anderen Zugang, weil ich selbst Fluchterfahrung habe und weil ich selber sozusagen Migrationsgeschichte habe, weil ich selber um die Staatsbürgerschaft kämpfen musste. Es gab damals keine Rolemodels und was mir schon bewusst ist, dass ich tatsächlich in einer Position bin, in der ich gesehen werde und der ich entsprechend Verantwortung habe.“* Aysun Celik vom Jugendzentrum bestätigte die Relevanz von Repräsentation: *„Zum Beispiel im Bezirk, ist ja Saya Ahmad die Bezirkspolitikerin. Sie ist als Rolemodel super, wir haben Sie zweimal eingeladen. Da haben mit ihr die Jugendliche, also die Zielgruppe hat mit den Interviews geführt, und das war super. Die Jugendlichen dann so: sie ist eine von uns, ich kenne die Saya, ich will auch Politik machen, ich werde Wiener Bürgermeister, ich werde Politiker.“*

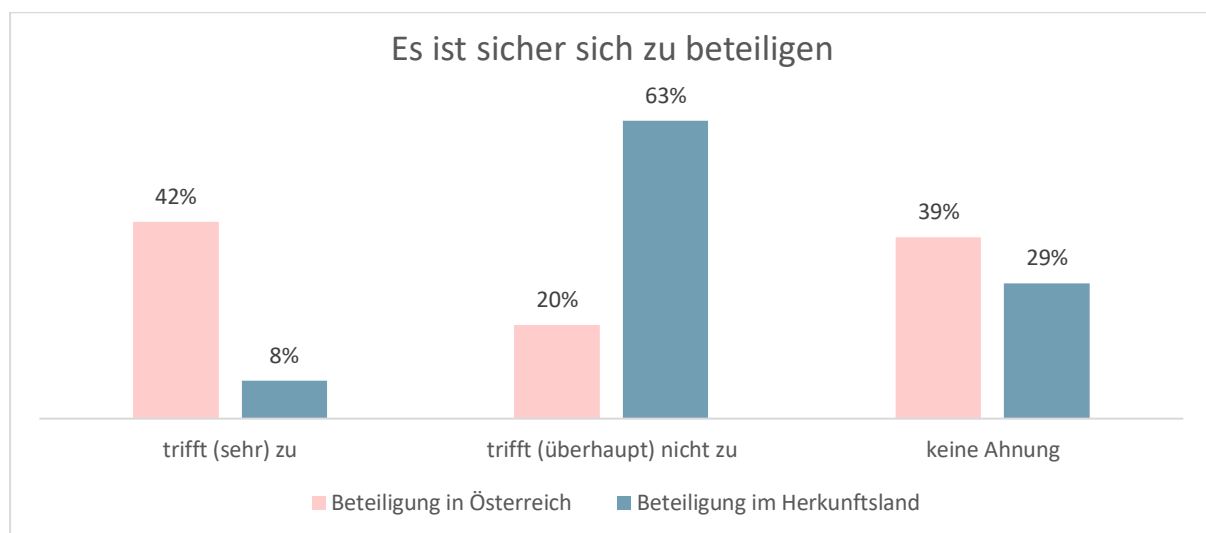
Somit wird deutlich, dass in Wien nicht nur ein Demokratiedefizit besteht, da viele Menschen nicht an Wahlen teilnehmen dürfen. Die Umfrage zeigt zusätzlich ein Repräsentationsdefizit auf. Wenn die vorhandene Vielfalt in Wien nicht auch durch politische Repräsentant:innen abgebildet wird, wird dies nicht nur von Menschen mit Fluchterfahrung negativ wahrgenommen, sondern demotiviert sie auch zusätzlich zur politischen Beteiligung.

Alle drei interviewten Bezirksvorsteher:innen bestätigten den Eindruck der mangelnden Repräsentativität bzw. deren Relevanz. Bezirksvorsteher des 10. Bezirks Marcus Franz meinte hierzu: *„Die politischen Repräsentanten sollten ungefähr das Querbild der Gesellschaft abbilden. Und wenn man jetzt einen Migrationsanteil hat von 52 Prozent in die Favoriten, dann muss ich ehrlicherweise sagen, haben nicht 52 Prozent meiner Bezirksräte einen migrantischen Hintergrund. Aber ich habe vor allem auch Bezirksräte nominiert und auf meine Liste setzen lassen, die auch die Communities abbilden“*

SORA führt im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung in Österreich im Demokratiemonitor an, dass vor allem mangelnde Repräsentation eine kontinuierliche Erfahrung des unteren ökonomischen Drittels ist (2023) und dass die Erfahrung von mangelnder Repräsentation das Systemvertrauen und die politische Beteiligung schwächen. Dieser Befund lässt sich somit auch auf Menschen mit Fluchtgeschichte übertragen. Saya Ahmad (SPÖ) ist die erste Wiener Bezirksvorsteherin mit Flucht- und Migrationsgeschichte, zu den Mitgliedern des Landtags und deren Migrationsgeschichten gibt es keine aktuellen Daten. Mireille Ngosso ist die erste und einzige Schwarze Politikerin im Wiener Landtag, was die mangelnde Diversität verdeutlicht. Im österreichischen Nationalrat haben knapp fünf Prozent der Abgeordneten Migrationsgeschichte, wenngleich sie knapp 23 Prozent der in Österreich lebenden Bevölkerung ausmachen.

Politische Beteiligung

Politische Beteiligung ist etwas, dass im Idealfall im Laufe des Lebens erlernt wird. Nicht umsonst wird in der Forschung gesellschaftliches Engagement als Schule der Demokratie bezeichnet: Zum Beispiel durch ehrenamtliches oder politisches Engagement auf lokaler Ebene und dortige Beteiligungsprozesse werden demokratisches Handeln und demokratische Werte gebildet und gestärkt (Barber 1994). Die Studie verdeutlicht in Bezug auf politische Beteiligung, dass viele Aspekte von Personen, die in Demokratien wie Österreich sozialisiert wurden, als normal angesehen werden, für Menschen mit Fluchtgeschichte aber im Vergleich zu ihrer Sozialisierung im jeweiligen Herkunftsland eine Besonderheit darstellen. Nur acht Prozent der Befragten gaben an, dass es sicher sei, sich politisch im eigenen Herkunftsland zu beteiligen. Der Großteil sieht eine dortige politische Beteiligung als unsicher an (63 Prozent) und weitere 29 Prozent können dies nicht einschätzen. Die Sicherheit in Österreich im Hinblick auf politische Beteiligung wird deutlich besser bewertet. 42 Prozent gaben an, dass es sicher ist, sich in Österreich politisch zu beteiligen. 20 Prozent sehen politische Beteiligung auch in Österreich als unsicher an und 39 Prozent können dies für Österreich (noch) nicht einschätzen. Bilodeau und Dumouchel (2023) zeigen in einer Studie aus Kanada jedoch auf, dass in Studien zur politischen Teilhabe von Menschen aus autoritären Herkunftsländern auf einen speziellen Aspekt des Sicherheitsempfindens eingegangen werden muss: Möglicherweise sind Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund nicht nur aus Angst vor der tatsächlichen Teilnahme, sondern eher auch aus Angst vor Offenlegung ihrer politischen Ansichten im Ankunftsland zurückhaltend.



N = 314

In der Studie wurde zudem erhoben, wie leicht bzw. schwer es Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien finden, sich politisch zu beteiligen. Mit rund 20 Prozent findet es nur eine Minderheit der Befragten "leicht" oder "eher leicht" sich am politischen Geschehen in Österreich teilzuhaben. Rund 38 Prozent fällt dies "schwer" oder "sehr schwer" und die verbleibenden knapp 43 Prozent können dies nicht einschätzen. Interessanterweise ist der Anteil jener, die es leicht finden sich politisch in Österreich zu beteiligen, am ehesten noch die Gruppe derer, die zwischen 2021 und 2023 nach Österreich gekommen, zu finden (28 Prozent). Dies lässt sich ähnlich wie das Vertrauen in demokratische Institutionen wohl damit erklären, dass sie bisher die wenigsten Erfahrungen mit Beteiligung in Österreich gemacht haben und Teilhabe auch im Vergleich zum Herkunftsland als leicht einschätzen.

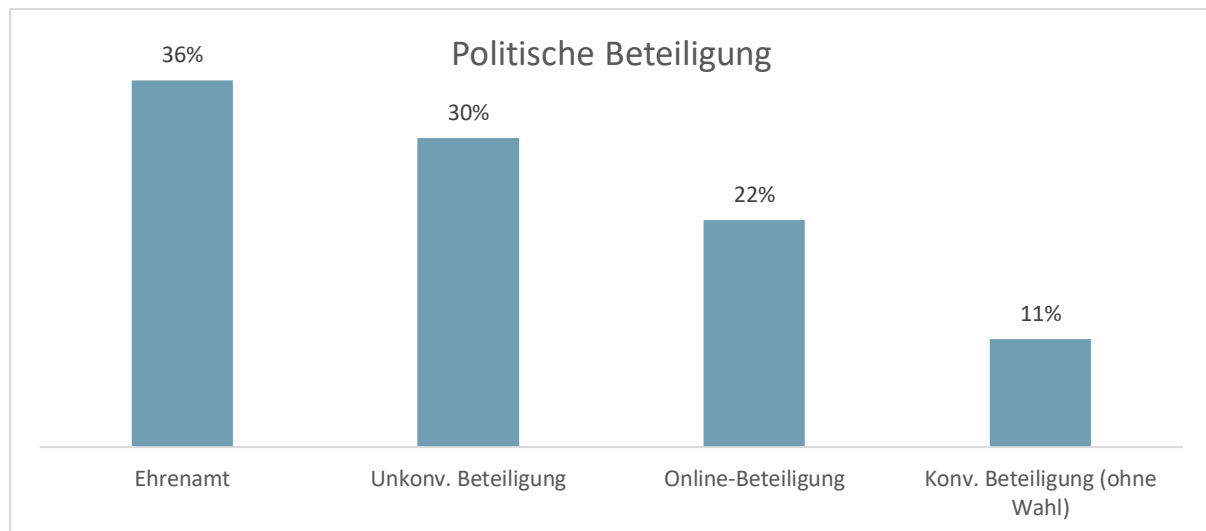
Ein Schwerpunkt dieser Studie liegt auf der Untersuchung des politischen Beteiligungsverhaltens der Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien. Da die Anzahl der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Sample erwartbar gering ausfällt, wurde das vergangene Wahlverhalten in Österreich nicht abgefragt. Deshalb wurde im ersten Schritt erhoben, ob die Befragten prinzipiell an einer Wahl in Wien teilnehmen würden, wenn sie das Recht dazu hätten. Eine große Mehrheit von 70 Prozent signalisierte, dass sie diese Möglichkeit dann auch wahrnehmen würden. Neun Prozent würden dies nicht tun und 21 Prozent wissen das zum Stand der Befragung nicht. Wie auch in den vorangestellten Analyseteilen gibt es auch hier den Effekt zu beobachten, dass jene, die länger in Österreich sind und/oder die österreichische Staatsbürgerschaft beantragt haben, leicht über dem Durchschnitt der Befragten liegen. Bei Personen, die zwischen 2014 und 2016 nach Österreich gekommen sind, und jenen, die die Staatsbürgerschaft beantragen wollen liegt der Wert bei 72 Prozent bzw. 73 Prozent. Bei jenen, die die Staatsbürgerschaft schon beantragt haben sogar bei 81 Prozent. Hier wurden die Personen, die die Staatsbürgerschaft schon erhalten haben, nicht berücksichtigt. Grundsätzlich darf an dieser Stelle angemerkt werden, dass in einer derartigen Umfrage mit der generellen Bevölkerung die zukünftige Wahlbeteiligung in den allermeisten Fällen aufgrund von sozialer Erwünschtheit höher ausfällt als die tatsächliche Wahlbeteiligung. Da Menschen mit Fluchtgeschichte ohne die entsprechende Staatsbürgerschaft nicht wählen dürfen, gibt es keine Forschung dazu, wie groß das "Over-Reporting" in dieser spezifischen Gruppe ausfällt. Unabhängig vom tatsächlichen Ausmaß der sozialen Erwünschtheit in dieser Studie ist das Wahlpotenzial für Menschen mit Fluchterfahrung in großem Maße vorhanden. Es ist wahrscheinlich, dass viele von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen werden, sobald sie die Staatsbürgerschaft erhalten haben.

Im nächsten Schritt soll es nun um Formen der politischen Beteiligung jenseits von Wahlen, aber auch gesellschaftlichem Engagement gehen. Hierzu wurden gängige Beteiligungsformen in vier Gruppen zusammengefasst:

- Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe: Hier wurde abgefragt, ob die Menschen sich ehrenamtlich in Wien engagieren oder ob sie in der Nachbarschaftshilfe aktiv sind.
- Konventionelle Beteiligung (ohne Wahl): Die neben der Wahl im Ursprung klassischste Form der Beteiligung findet in politischen Parteien statt. Hierbei wurde in der Studie abgefragt, ob die Personen schon mal Kontakt mit einer:m Politiker:in in Österreich hatten, ob sie schon mal eine Parteiveranstaltung in Österreich besucht oder sich generell in einer politischen Partei in Österreich engagiert haben.
- Unkonventionelle politische Beteiligung: In der Forschung werden dabei verschiedene Formen der Beteiligung zusammengefasst, die bei der Entstehung des Begriffs in den 1970ern als unkonventionell galten. Dabei handelt es sich vor allem um Beteiligungsformen, die jenseits von klassischen politischen Institutionen stattfinden. In der Studie wurde dabei die Mitarbeit an politischen Initiativen jenseits von Parteien, das Unterschreiben von Petitionen, die Teilnahme an einer Demonstration und das Tragen eines politischen Aufklebers abgefragt.
- Online-Beteiligung: In der letzten Kategorie der Beteiligungsformen wurde abgefragt, ob die Befragten online schon einen politischen Inhalt gepostet haben. Im Vergleich zu den anderen Beteiligungsformen gilt dies häufig als die niederschwelligste Form der Beteiligung, da der Zeit- und Organisationsaufwand am geringsten ist.

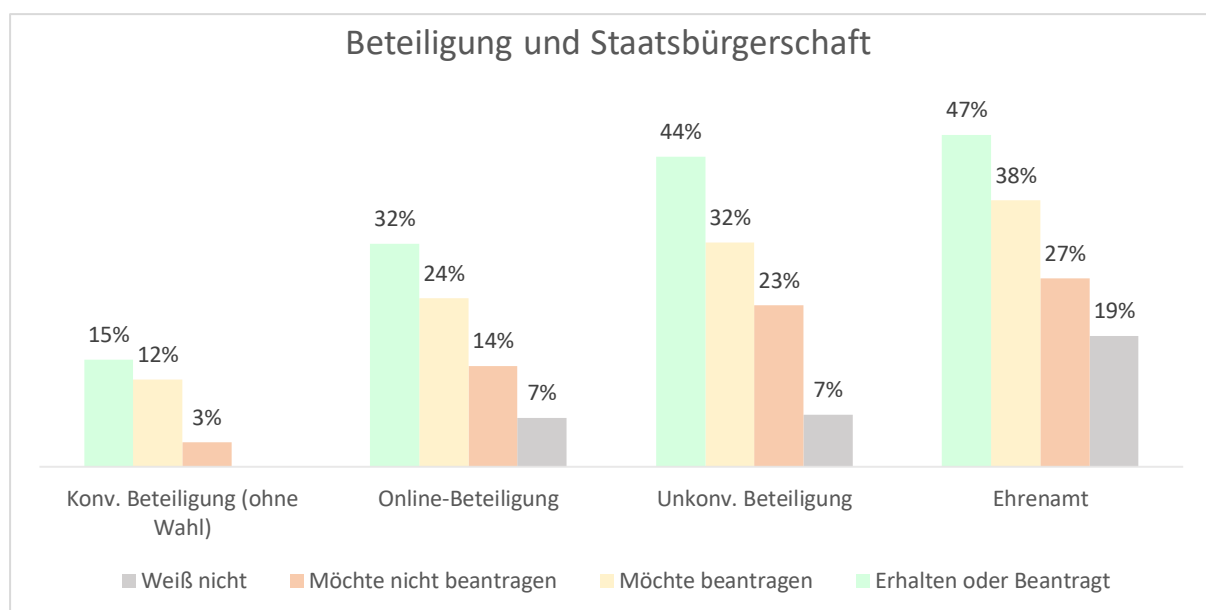
Wie die Grafik zeigt, sind Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien am stärksten ehrenamtlich oder in der Nachbarschaftshilfe aktiv. 36 Prozent der Befragten haben dies in der Vergangenheit schon getan. Unkonventionelle Formen der Beteiligung wurden ebenfalls schon von knapp einem Drittel der Befragten ausgeführt, gefolgt von einer Online-Beteiligung (22 Prozent) und etwas mehr als zehn

Prozent haben sich sogar schon in Parteien engagiert bzw. waren in Kontakt mit einem:er österreichischen Politiker:in. Die Relevanz von zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde auch von Verena Mayrhofer Iljić vom Wiener Hilfswerk Nachbarschaftszentrum 16 verdeutlicht: „Viele [Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte] fragen uns dann, ob sie auch freiwillig tätig werden können. Und ja, natürlich! Zivilgesellschaftlich ist ganz, ganz wichtig ist, weil so können eben alle Partizipation erleben, aber wir brauchen eben auch Unterstützung vom Staat.“ Durch das im Rahmen dieses Projekts organisierte Dialogforum im März 2024 wurde dieser Eindruck ebenfalls bestätigt: Zivilgesellschaftliche Organisationen stellen in der Stadt zentrale Orte für Menschen mit Fluchtgeschichte dar, wo der Zugang niederschwellig gestaltet ist und sie sich willkommen fühlen.

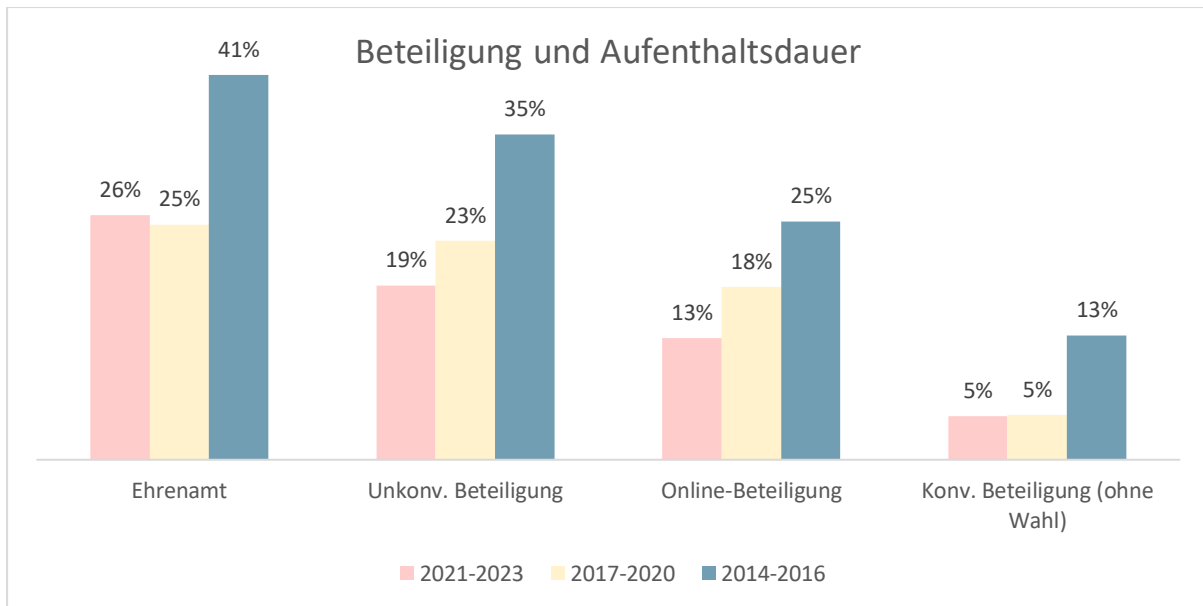


N = 272 - 320

Wie bei vielen anderen Ergebnissen der Studie wird auch an dieser Stelle eine zentrale Erkenntnis dieses Berichtes deutlich: Ähnliche wie bei den meisten politischen Einstellungen, braucht es Zeit und eine Perspektive in Österreich durch die Staatsbürgerschaft, um sich politisch in Österreich einzubringen. Wie die beiden Grafiken unten zeigen, sind die Personen, die am längsten in Österreich sind und bzw. oder jene, die die Staatsbürgerschaft schon erhalten oder beantragt haben bzw. diese beantragen wollen, jene die sich bisher auch am meisten beteiligt haben.



N = 275 - 320



N = 272 - 320

Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind dabei mitunter deutlich. Im Schnitt haben sich durch alle untersuchten Beteiligungsformen hinweg jene, die seit 2014 bis 2016 in Österreich sind, um rund zehn Prozent mehr in Österreich politisch beteiligt. Man könnte vorschnell vermuten, dass es daran liegt, dass sie aufgrund der Aufenthaltsdauer in Österreich auch mehr Zeit dazu hatten. Die Grafik zur Frage der Staatsbürgerschaft zeigt aber auf, dass es nicht nur an der Dauer, sondern auch an der Perspektive auf die Staatsbürgerschaft und somit die Perspektive auf ein dauerhaftes Leben in Österreich liegt.

Besonders auffällig sind die niedrigen Zahlen in Bezug auf die Beteiligung an politischen Parteien und der Kontaktaufnahme mit Politiker:innen, wie sie in der Studie festgestellt wurden. Dies macht deutlich, wie wichtig es aus politischer Sicht in Österreich jetzt ist, auf allen Ebenen auf diese Gruppe zuzugehen und sie aktiv in den politischen Prozess einzubinden. Mehrere interviewte Personen teilten ihre Erfahrungen, wie sie versuchen Menschen niederschwellig und partizipativ in ihre Arbeit und Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse miteinzubeziehen. Vielen ist bewusst, dass hier noch weitere Schritte nötig sind, um tatsächlich die Diversität Wiens abzubilden, doch fehlt häufig der direkte Zugang zu den Communities und damit einhergehend mangelt es an Vertrauen, an Sprachkenntnissen und nach dem Wissen um tatsächliche Bedürfnisse.

Ein entscheidender Faktor für die Beteiligung ist das bisherige Beteiligungsverhalten: Personen, die sich in der Vergangenheit nicht beteiligt haben, werden dies wahrscheinlich auch in Zukunft nicht tun. Daher ist es von großer Bedeutung, insbesondere jetzt, wo viele Menschen den Prozess der Staatsbürgerschaft durchlaufen oder ein starkes Interesse daran haben, diese Personen aktiv dazu zu ermutigen, sich politisch und gesellschaftlich in Österreich zu engagieren. Dazu gehört auch die aktive Einladung, sich gegebenenfalls in politischen Parteien zu engagieren.

Im Hinblick auf Beteiligung ist es auch wichtig zu verstehen, was die Gründe für eine politische Nichtbeteiligung sind. Den Befragten wurde deshalb verschiedene in der bestehenden Forschung häufig identifizierte Gründe für eine Nichtbeteiligung vorgelegt. Diese wurden dann durch die der Zielgruppe entsprechende zusätzliche Gründe ergänzt. Auch an dieser Stelle zeigt sich, dass die Gründe für die in der Studie befragten Personen ähnlich zu denen der generellen Bevölkerung sind.



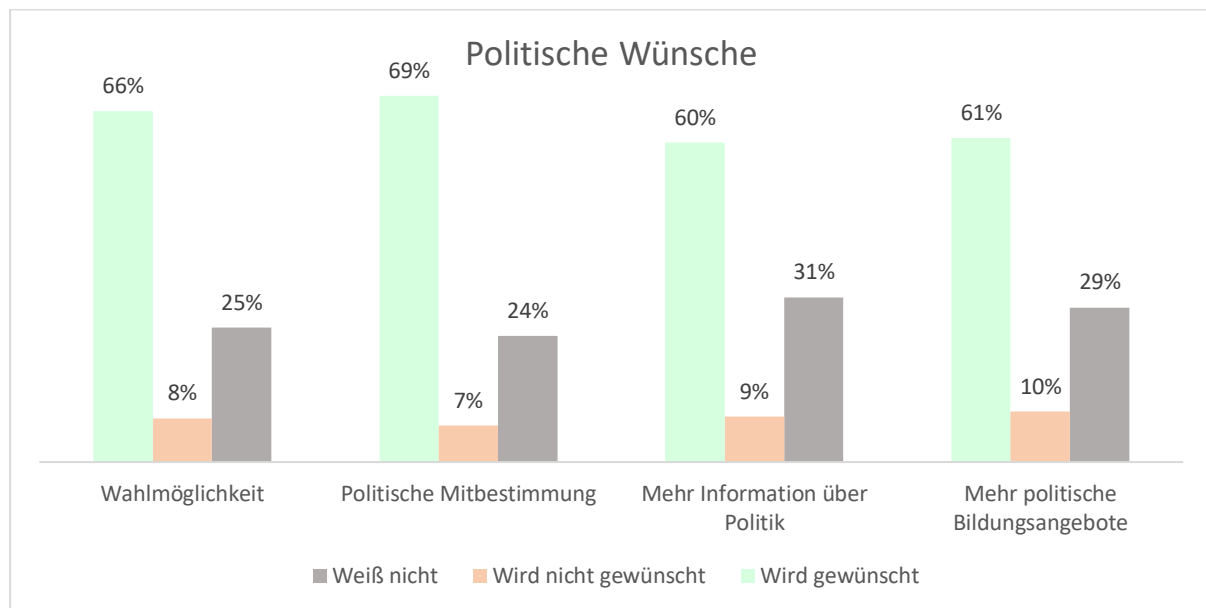
N = 310

Die für die Zielgruppe spezifischen Gründe der Nichtbeteiligung wurden dabei am wenigsten ausgewählt. Diskriminierungserfahrung bei der Beteiligung (fünf Prozent), mangelnde Informationen in der Muttersprache (elf Prozent) oder die Angst sich in Österreich politisch zu äußern (zwölf Prozent) führen zwar dazu, dass ein gewisser Teil der Zielgruppe sich nicht beteiligt, dies sind aber laut den Ergebnissen nicht die Hauptgründe. In Bezug auf Diskriminierungserfahrungen bedeutet dies aber nicht, dass die Zielgruppe in Wien nicht Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt wäre. 83 Prozent der Befragten, also die große Mehrheit, gaben an, dass sie bereits seit ihrer Ankunft in Österreich solchen Erfahrungen ausgesetzt waren. Rassismus und Diskriminierung sind somit große gesellschaftliche Probleme, sind aber nicht primär Gründe dafür, warum sich Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien politisch nicht beteiligen wollen.

Vielmehr sind es Gründe, die auch von der Gesamtbevölkerung häufig als ausschlaggebend für politische Nichtbeteiligung angeführt werden. Der am häufigsten genannte Grund der befragten Personen war, dass sie dafür "keine Zeit" hatten (25 Prozent). An dieser Stelle ist jedoch zu betonen, dass die meisten der weiteren Gründe für Nichtbeteiligung darauf zurückzuführen sind, dass die Menschen entweder nicht wissen, wo sie sich in ihrem Umfeld einbringen können (23 Prozent), sie nicht glauben, dass das Engagement etwas verändern würde (17 Prozent) oder sie sich nicht in der Lage fühlen, sich zu beteiligen (16 Prozent). Dies zeigt, dass es durchaus ein Potential für mehr Beteiligung in der Zielgruppe gibt, es fehlt allerdings am Wissen über Zugangsmöglichkeiten für mehr Beteiligung und an der politischen Selbstwirksamkeit. Politische Selbstwirksamkeit bezieht sich auf das individuelle Vertrauen oder die Überzeugung einer Person, dass sie in der Lage ist, politischen Einfluss auszuüben und Veränderungen in politischen Angelegenheiten herbeizuführen. Wenn Menschen mit Fluchtgeschichte stärker politisch mit einbezogen werden sollen, braucht es somit auch Angebote, die an der politischen Bildung speziell für diese Zielgruppe ansetzen. Dies wurde auch in der Pilotstudie (vgl. Braun et al, 2021) verdeutlicht, wo zielgruppengerechte politische Bildung gefordert wurde. Auch Aysun Celik vom Jugendzentrum betonte beispielsweise, dass zielgruppengerechte Ansprache und niederschwellige politische Bildungsangebote zentral für die Jugendlichen wären.

Themen der Beteiligung und Wünsche

Im letzten Abschnitt der Präsentation der Ergebnisse wird auf die Wünsche der Zielgruppe und die Themen eingegangen, zu denen sie sich potenziell gerne beteiligen würden. Zunächst werden konkrete Wünsche nach Mitbestimmung behandelt, jedoch bezogen auf Aspekte, die Menschen dazu befähigen sollen, sich stärker zu engagieren. Wie die untenstehende Grafik zeigt, besteht bei Menschen mit Fluchtgeschichte grundsätzlich Interesse an mehr politischer Mitbestimmung, aber auch - passend zu den eben präsentierten Ergebnissen zu den Gründen der Nichtbeteiligung - an Informationen und politischer Bildung.



N = 315

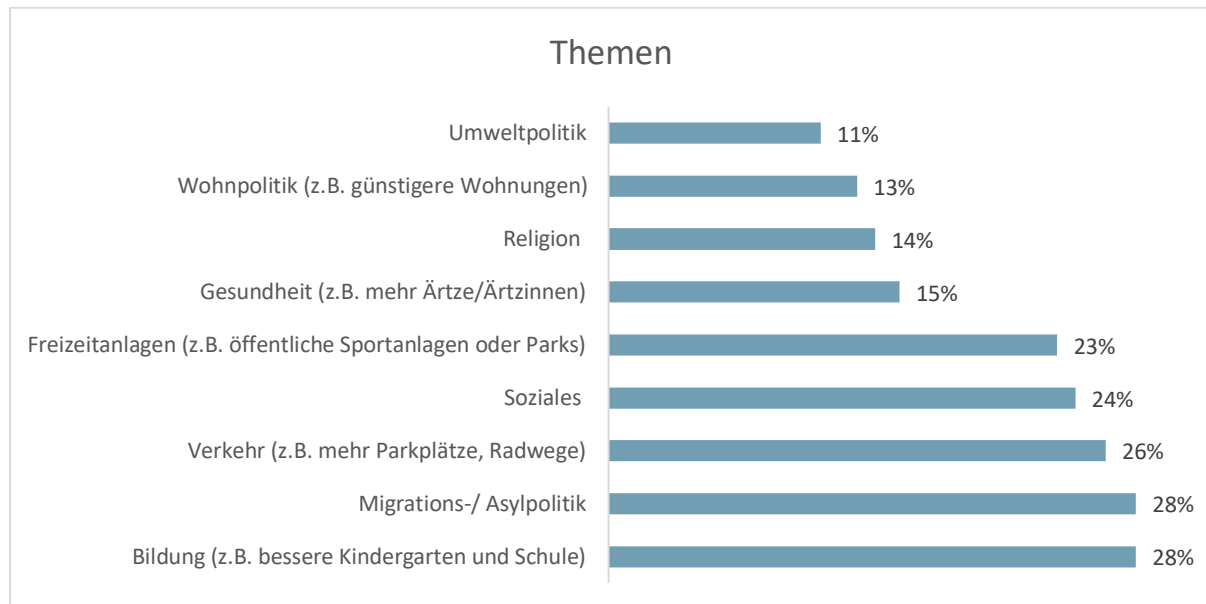
Den stärksten Wunsch gibt es grundsätzlich zu mehr politischer Mitbestimmung (69 Prozent), gefolgt vom konkreten Wunsch nach der Teilnahme an Wahlen in Österreich (66 Prozent). Etwas weniger, aber immer noch von einer deutlichen Mehrheit gewünscht, sind mehr politische Bildungsangebote (61 Prozent) und mehr Informationen über Politik (60 Prozent).

Interessant ist dabei der Vergleich zum konkreten Plan, sich in Zukunft selbst politisch zu engagieren, denn hier zeigt sich ein etwas anderes Bild. 31 Prozent gaben an, dass sie sich in Zukunft gern mehr politisch engagieren wollen. 39 Prozent haben dies hingegen nicht vor und 30 Prozent konnten es zum Zeitpunkt der Befragung nicht sagen. Bilodeau und Dumouchel (2023) weisen darauf hin, dass Personen aus autoritären Herkunftsländern möglicherweise aus Angst vor Offenlegung ihrer politischen Ansichten zurückhaltender sind. Diese Zurückhaltung könnte sich auch in unseren Ergebnissen widerspiegeln: Viele potenzielle Respond:innen standen der Umfrage kritisch gegenüber und konnten nicht zu einer Teilnahme bewogen werden. Sie hatten Angst, dass eine Offenlegung ihr Asylverfahren negativ beeinflussen könnte.

Zusätzlich wird diese Diskrepanz zwischen grundsätzlichen Wünschen nach mehr Mitbestimmung und Beteiligungsmöglichkeiten einerseits und dem konkreten persönlichen zukünftigen Engagement andererseits generell sehr häufig in der Partizipationsforschung identifiziert. (Quintelier & Blais, 2016). Diese Lücke ist somit nicht zwangsläufig ein Phänomen, das spezifisch für bestimmte Zielgruppen ist. Zudem zeigt sich aber auch bei der Zielgruppe der Studie wieder, dass die Perspektive auf die Staatsbürgerschaft auch in diesem Kontext eine große Rolle spielt. 39 Prozent jener, die die Staatsbürgerschaft schon erhalten oder beantragt haben, wollen sich in Zukunft mehr beteiligen. Im Vergleich dazu wollen 28 Prozent sich mehr engagieren, die die Staatsbürgerschaft nicht beantragen

wollen. In der Gruppe, die nicht weiß, ob sie die Staatsbürgerschaft beantragen möchte, sind es nur 15 Prozent, die sich mehr politisch engagieren möchten.

Eine spannende Frage ist zudem, was die Themen- und Politikfelder sind, zu denen sich Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien gern mehr politisch engagieren will. Es zeigt sich an dieser Stelle, dass sich die Zielgruppe für eine Vielzahl an Politikfeldern interessiert und es vor allem Themen sind, die die Menschen direkt betreffen. Es ist auf jeden Fall nicht haltbar, dass sich Menschen mit Fluchtgeschichte nur für Migrations- und Asylpolitik interessieren.



N = 316

Die Themen, zu denen sich die Befragten am ehesten politisch engagieren wollen, sind Bildungspolitik sowie Migrations- und Asylpolitik (je 28 Prozent). Zudem interessieren sich viele für Verkehrspolitik (26 Prozent), Sozialpolitik (24 Prozent) und Freizeitanlagen (23 Prozent). Eine etwas kleinere Gruppe der Befragten möchte sich hingegen für Politik in Bezug auf Gesundheit (15 Prozent), Religion (14 Prozent), Wohnraum (13 Prozent) und Umwelt (11 Prozent) engagieren. Die Studie kann an dieser Stelle keine Aussagen darüber treffen, ob die häufiger genannten Themenfelder grundsätzlich Politikfelder sind, die Menschen mit Fluchtgeschichte eher interessieren, oder ob es sich um Politikfelder handelt, in denen sie aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen in Wien bzw. Österreich die größten Mängel feststellen und sich deshalb dazu mehr engagieren wollen. Dies wäre dann der Auftrag für weitere Forschung, um dies herauszufinden.

Diskussion der Ergebnisse und Fazit

Das von der MA 7 der Stadt Wien geförderte und von Fremde werden Freunde zusammen mit der Universität Wien durchgeführte Projekt “Inclusive Districts of Democracy” hat das Ziel, Beteiligungserfahrungen und -hürden sowie politische Wünsche von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien wissenschaftlich zu erheben. Angesichts der wachsenden Diversität in der Wiener Wohnbevölkerung, die unter anderem auch auf die seit 2014 angestiegenen Migration aus außereuropäischen Ländern zurückzuführen ist, geht es übergeordnet im Projekt auch darum, wie die Demokratie in Wien inklusiver gestaltet werden kann, vor allem wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung von demokratischen Prozessen wie Wahlen aufgrund der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen ist. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die lokale Ebene, die Wiener Bezirksebenen, gelegt. Lokale Politik und auch lokale politische Beteiligung beschäftigt sich mit dem direkten Umfeld der Menschen und hat das große Potential, aufgrund ihrer größeren Niederschwelligkeit im Vergleich zu nationaler Politik, eine leichter zugängliche “Schule der Demokratie” zu sein. Die leitende Frage war dabei, wie inklusive Veranstaltungsformate aussehen können, die den Austausch, das Vertrauen und das Wissen zwischen Menschen mit Fluchtgeschichte und demokratischen Institutionen auf Bezirksebene stärken und ausbauen können.

Die Methodik der Studie basiert auf einem Mix aus standardisierten Befragungen von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien und qualitativen, leitfadengestützten Expert:inneninterviews mit Politiker:innen und Expert:innen aus der Verwaltung und der Zivilgesellschaft. Es wurde dabei ein partizipativer und inklusiver Forschungsansatz verfolgt, um Menschen mit Fluchtgeschichte aus Wien aktiv in den Forschungsprozess einzubeziehen.

Die Stichprobe für die quantitative Umfrage setzt sich aus Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien zusammen, einschließlich jener mit österreichischer Staatsbürgerschaft, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten sowie Personen mit anderen Aufenthaltstiteln. Die Studie konzentriert sich auf jene Personen, die nach 2014 nach Österreich gekommen ist und hat den Fokus auf den zahlenmäßig stärksten Herkunftsländern, allen voran Syrien und Afghanistan. Die genaue Größe und Zusammensetzung dieser Gruppe ist in keiner Statistik offiziell erfasst und somit nicht vollständig bekannt, daher wurden basierend auf verschiedenen Statistiken, Quoten im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Herkunftsland und Wohnbezirk gebildet, die alle mit geringer Abweichung erreicht wurden. Bei dem Datensatz handelt es sich somit um den ersten belastbaren wissenschaftlichen Datensatz zu politischen Einstellungen und Beteiligungsformen von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien.

Im Sinne der Transparenz muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass Menschen aus dem postsowjetischen Raum, allen voran Menschen aus Belarus, Russland oder der Ukraine in der Studie nicht stark vertreten sind. Dies liegt unter anderem daran, dass der Survey nicht auf Russisch bzw. Ukrainisch zur Verfügung gestellt wurde. Diese Entscheidung wurde vom Forschungsteam bewusst getroffen, denn die zahlenmäßig stärkste Gruppe aus dem postsowjetischen Raum sind Menschen aus der Ukraine, die seit Februar 2022 nach Österreich geflohen sind. Da der überwiegende Teil der Geflohenen aus der Ukraine eben erst seit 2022 in Österreich ist, würden diese primär in der letzten Kategorie (Ankunft zwischen 2021 und 2023) zur Aufenthaltsdauer in Österreich zugeordnet werden. Dies wäre nicht im Sinne der Zielsetzung des Projekts, welche es ist, einen Vergleich der Veränderung von politischen Einstellungen und Beteiligungsformen über Zeit anzustellen. Zusätzlich unterscheiden sich Menschen mit Fluchtgeschichte aus der Ukraine in mehrerlei Hinsicht von den Menschen mit Fluchtgeschichte aus dem außereuropäischen Raum. Abgesehen davon, dass sie von der Politik in Abgrenzung zur Zielgruppe dieser Studie als “Vertriebene” bezeichnet wurden, wurde den Menschen mit Fluchtgeschichte aus der Ukraine beispielsweise der Zugang zum Arbeitsmarkt in Österreich

deutlich leichter gewährt. Es stellt sich somit in gewissem Maße auch die Frage der Vergleichbarkeit. In einem zukünftigen Forschungsprojekt wäre es aber spannend und anzustreben, auch diese Gruppe stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Die quantitative Erhebung erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens, für den gängige Fragestellungen aus der Partizipationsforschung um zielgruppenspezifische Aspekte erweitert wurden. Der Fragebogen wurde auf Deutsch, Englisch, Farsi/Dari und Arabisch angeboten.

Die Zielgruppe selbst in allen Projektphasen partizipativ in den Forschungsprozess involviert und maßgeblich für den Erfolg des Projekts und die Höhe der erreichten Fallzahl verantwortlich. Die Datenerhebung begann im September 2023 und endete im Jänner 2024, wobei verschiedene Erhebungsformen wie Online-Befragungen oder Face-to-Face-Interviews angewandt wurden. Zu Beginn wurde die Umfrage, basierend auf der starken Verankerung von Fremde werden Freunde in den entsprechenden Communities in Wien, mittels Schneeballsystems online (Social Media und Messenger-Dienste) und offline (Geschäfte und Märkte) verbreitet. Im Verlauf des Projekts wurden zudem spezifische Gruppen, beispielsweise Menschen aus Afghanistan, gezielt für die Umfrage rekrutiert, um den Quoten der Herkunftsländer gerecht zu werden. Die Stichprobe umfasst 436 befragte Personen. Die Samplegröße ist im Kontext der schwierigen Rekrutierung der Zielgruppe ein großer Erfolg, da die Daten vielfältige Einblicke in die politischen Einstellungen und Beteiligungen von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien ermöglichen. Andererseits würde eine noch größere Fallzahl noch feinere Analysen und detailliertere Segmentierungen der Zielgruppe zulassen. Der Pioniercharakter des Projekts hat viele Erkenntnisse hervorgebracht, auch in Bezug auf die Umfragegestaltung oder die Rekrutierung, die für weitere Forschung von großem Nutzen sein werden.

Parallel zur quantitativen Erhebung wurden leitfadengestützte Interviews mit Politiker:innen und Expert:innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft durchgeführt, um Hintergrundwissen und Kontext zu liefern. Insgesamt wurden 13 Interviews durchgeführt, die Einblicke in politische und zivilgesellschaftliche Perspektiven lieferten.

Die Studie liefert erstmals vielfältige und tiefe Einblicke in die Lebensrealitäten, Herausforderungen und Perspektiven von Menschen mit Fluchterfahrung in Wien, wobei sowohl individuelle Erfahrungen als auch strukturelle Barrieren beleuchtet werden. Vier Ergebnisse sind dabei von besonders großer Bedeutung.

1. Menschen mit Fluchtgeschichte sind keine homogene Gruppe

Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien sind keine homogene Gruppe. Dies mag auf den ersten Blick banal klingen, ist aber an dieser Stelle besonders zu betonen. Neben den erwartbaren Unterschieden bei soziodemografischen Hintergründen, gibt es zum Beispiel große Unterschiede bei den multiplen Fluchtursachen, wobei mangelnde Sicherheit im Herkunftsland für rund 80 Prozent der Befragten ein Grund zur Flucht war. Eine große Diversität im Sample zeigt sich zudem bei der Identifikation mit Österreich, Wien oder auch dem Wohnbezirk in Wien. 30 Prozent der Befragten identifizieren sich stark mit Wien (34 Prozent identifizieren sich schwach und 39 Prozent gar nicht), aber es identifizieren sich auch eine Mehrheit in unterschiedlichem Ausmaß mit Österreich (stark 26 Prozent, schwach 35 Prozent) und dem Wohnbezirk (stark 27 Prozent, schwach 36 Prozent). An dieser Stelle ist auch mit einem Vorurteil evidenzbasiert aufzuräumen: Die größte Gruppe der Menschen mit Fluchtgeschichte identifizieren sich sowohl mit Österreich als auch Herkunftsland stark (23 Prozent). Die Gruppe, die sich stark mit dem Herkunftsland identifiziert und nicht mit Österreich, sind nur rund sieben Prozent. Eine ähnliche Entwicklung konnte aus den Daten in Bezug auf das Informationsverhalten über Politik und Österreich abgeleitet werden. Entweder informieren sich Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien

täglich oder regelmäßig über die Politik in Österreich und im Herkunftsland (23 Prozent) oder sie informieren sich über beides wenig oder gar nicht (29 Prozent).

2. Menschen mit Fluchtgeschichte engagieren sich vielfältig

Im Hinblick auf politische Beteiligung zeigt sich eine ähnliche Vielfalt. Ein Teil der Menschen mit Fluchtgeschichte beteiligt sich in Wien durch diverse Beteiligungskanäle. Am häufigsten engagiert sich die Zielgruppe dabei ehrenamtlich, zum Beispiel in der Nachbarschaftshilfe. 36 Prozent der Befragten waren hier schon in Wien aktiv. 30 Prozent der Befragten war schon in sogenannten unkonventionellen Beteiligungsformen aktiv: Darunter fallen in der Studie die Mitarbeit an politischen Initiativen, Petitionen, Demonstrationen und das Tragen von politischen Stickern. Politische Inhalte haben rund 22 Prozent der Befragten online gepostet. Klassische politische Beteiligung in Parteien, wie beispielsweise der Kontakt mit Politiker:innen, der Besuch einer Parteiveranstaltung oder das tatsächliche Engagement in einer Partei, war die von den vier untersuchten Beteiligungsgruppen am geringsten gewählte Form der Beteiligung. Hier waren schon elf Prozent der Befragten aktiv.

Auch bei den Themen, zu denen sich Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien beteiligen wollen, zeigt sich die angesprochene Diversität. Die Zielgruppe interessiert sich unter anderem für Migrations- und Asylpolitik und würde sich in diesem Feld gern einbringen (28 Prozent). Die Menschen würden sich aber auch in der Bildungspolitik (28 Prozent), der Verkehrspolitik (26 Prozent), Sozialpolitik (24 Prozent) oder der Gestaltung von Freizeitanlagen in Wien (23 Prozent) einbringen.

Ein Großteil der Menschen mit Fluchterfahrung in Wien wünscht sich, dass Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Beteiligung zu erleichtern. 69 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Mitbestimmung in Wien, 66 Prozent würden gern wählen können. Zudem wünschen sich 60 Prozent mehr Informationen über Politik und 61 Prozent äußerten den Wunsch nach mehr politischen Bildungsangeboten.

3. Es braucht Zeit und eine Perspektive (auf die Staatsbürgerschaft)

Neben der bestehenden Diversität innerhalb der Gruppe von Menschen mit Fluchterfahrung in Wien und ihrer politischen Aktivität ist das dritte zentrale Ergebnis der Studie, dass Menschen mit Fluchterfahrung, insbesondere wenn sie aus einem autoritären Herkunftsland stammen, Zeit benötigen, um sich in Österreich richtig zu integrieren. Dann sind sie auch eher dazu bereit und in der Lage, sich stärker an der Gesellschaft und Politik zu beteiligen. Zudem brauchen sie in Österreich eine Perspektive auf die Staatsbürgerschaft. Dieser Effekt zeigte sich in der Studie an mehreren Stellen, und er fiel größtenteils auch stärker aus als die bloße Aufenthaltsdauer in Österreich.

Die Staatsbürgerschaft stellt für die politischen Einstellungen und politische Beteiligung der Zielgruppe einen wirklichen "Gamechanger" dar. Mehrfach ist in den Daten der Studie abzulesen, dass Menschen, die die Staatsbürgerschaft erhalten oder sie zumindest beantragt haben, die höchsten Werte im Hinblick auf die Rahmenbedingungen von politischer Beteiligung und der Beteiligung an der Politik selbst aufweisen. Selbst, wenn man diese in der Studie wie auch in der Realität (noch) vergleichsweise kleine Gruppe, die seit 2014 nach Österreich gekommen ist, ausklammert, bestehen große Unterschiede zwischen jenen, die die Staatsbürgerschaft beantragen wollen und den Gruppen, die die Staatsbürgerschaft nicht erwerben wollen oder sich darüber unklar sind. Die Perspektive auf die Staatsbürgerschaft ermächtigt Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien, kann sich wie ein Katalysator auf viele politischen und gesellschaftlichen Einstellungen und Beteiligungen auswirken und führt in

vielen Fällen dazu, dass Menschen sich weniger als marginalisiert, sondern als wirklicher Teil der Gesellschaft fühlen.

Dieses Ergebnis, dass die Menschen mit Fluchtgeschichte Zeit und eine Perspektive auf Staatsbürgerschaft in Hinblick auf mehr Beteiligung brauchen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Studie. Es zeigt sich beispielsweise daran, dass jene Gruppe, die zwischen 2014 und 2016 nach Österreich gekommen ist, sich etwas stärker mit Österreich, der Stadt Wien oder dem Wohnbezirk in Wien identifiziert als der Durchschnitt der Befragten. Zusätzlich gab der Teil der Befragten an, in verschiedenen Beteiligungsformen in Österreich bisher aktiver gewesen zu sein als diejenigen, die erst nach 2016 nach Österreich gekommen sind. Das gleiche gilt auch für eine potenzielle Beteiligung an einer Wahl, sofern sie in Zukunft teilnehmen könnten. Bei der hypothetischen Teilnahme an einer Wahl in Wien lässt sich zudem gut der Einfluss der Perspektive auf die Staatsbürgerschaft zeigen: Personen, die die Staatsbürgerschaft bereits beantragt haben, weisen die höchste Wahrscheinlichkeit für eine hypothetische Wahlbeteiligung auf. Den zweithöchsten Wert haben diejenigen, die beabsichtigen, die österreichische Staatsbürgerschaft in Zukunft zu beantragen.

All diese Daten verdeutlichen, dass, möchte man die Demokratie in Wien (und Österreich) stärken und inklusiver gestalten, man Menschen mit Fluchtgeschichte Zeit zur politischen Inklusion geben muss. Es braucht Zeit, bis das Interesse an Politik und politischer Beteiligung in Österreich und Wien wächst. Dennoch sollte bereits zu Beginn des Aufenthalts von Menschen mit Fluchterfahrung durch Informations- und Bildungsangebote über Demokratie und Politik auf sie zugegangen werden, ohne sie dabei zu überfordern. Zu Beginn haben diese Menschen oft dringendere Anliegen als ein politisches Interesse für ihr Aufnahmeland zu entwickeln. Am Ende dieser Entwicklung steht idealerweise eine hohe Beteiligung an politischen Prozessen in Österreich, was jedoch aufgrund des langwierigen Einbürgerungsprozesses in vielen Fällen eine lange Zeit in Anspruch nimmt.

4. Sie werden österreichische Geflüchtete, auch schon vor dem Erhalt der Staatsbürgerschaft

Bei der eben beschriebenen Diagnose, dass Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien in den meisten Fällen hohe Werte bei demokratischen Einstellungen haben, gibt es aber auch Ausnahmen. An verschiedenen Stellen lässt sich in der Studie beobachten, dass grundlegende Einstellungen wie beispielsweise das Vertrauen in demokratische Institutionen kurz nach der Ankunft in Österreich höher ausfallen, mit der Dauer des Aufenthalts aber sinken und sich der Einstellung der Gesamtbevölkerung in Österreich immer stärker angleichen. Für Neuangekommene lässt sich somit ein gewisser positiver Effekt feststellen, da sie den demokratischen Institutionen in Österreich Vorschusslorbeeren geben, besonders im Vergleich zu ihren oft autokratischen Herkunftsländern. Die Zahlen zum Vertrauen in demokratische Institutionen gleichen sich bei Menschen mit Fluchtgeschichte nach dem Verfliegen der "demokratischen Ankunftseuphorie" somit den Zahlen der generellen in der österreichischen Gesellschaft bestehenden Vertrauenswerte in demokratische Institutionen an.

Dies zeigt sich zusätzlich auch bei der Frage, wie leicht oder schwer es für die Befragten ist, sich in Österreich politisch zu beteiligen. Menschen, die zwischen 2021 und 2023 in Österreich angekommen sind, gaben rund zehn Prozent häufiger an, dass sie es leicht finden sich in Österreich zu beteiligen (27 Prozent) als diejenigen, die zwischen 2014 und 2020 angekommen sind (rund 17 Prozent).

Das gleiche gilt beispielsweise für das Interesse an Politik. Hier ist die Richtung der Annäherung an die Gesamtbevölkerung jedoch umgekehrt und geht in eine positive Richtung: Nach der Ankunft in Österreich ist das politische Interesse niedriger als im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Mit der längeren Aufenthaltsdauer nimmt aber das politische Interesse zu und wird dem Interesse der

Gesamtbevölkerung an Politik ähnlicher. Die Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien werden somit gemäß dem Vertrauen in die demokratischen Institutionen und dem Interesse an Politik in Österreich zu "österreichischen Menschen mit Fluchtgeschichte", selbst wenn sie zu diesem Zeitpunkt die österreichische Staatsbürgerschaft (noch) nicht erhalten haben.

Handlungsempfehlungen

Abschließend wurden basierend auf der wissenschaftlichen Evidenz und der erarbeiteten Datenlage Handlungsempfehlungen entwickelt, die sich an die Politik in Wien und in gewissem Maß auch in Österreich richten.

Die Lehren und Erkenntnisse, die sich an die Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien vom Projekt aus ausgehen, werden durch die Communityarbeit von Fremde werden Freunde und weiteren Organisationen in Wien mit einem derartigen Schwerpunkt an die Zielgruppe direkt und jenseits des Berichts getragen.

1. Erleichterung des Staatsbürgerschaftserwerbs oder erleichterter Zugang zur Wahl

Wenn die Politik das Demokratiedefizit in Bezug auf den Ausschluss von Wahlen ernsthaft etwas entgegensetzen will, muss sie Maßnahmen ergreifen, um den Prozess der Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft zu vereinfachen oder das Wahlrecht inklusiver gestalten. Dies könnte beispielsweise durch die Reduzierung von bürokratischen Hürden oder selbst die stärkere Bereitstellung von Unterstützung bei Antragsverfahren erfolgen (für weitere konstruktive Vorschläge vgl. Valchars & Bauböck, 2021). Sowohl die Erleichterung des Staatsbürgerschaftserwerbs als auch der erleichterte Zugang zur Wahl müssten auf Bundesebene entschieden werden und würden aktuell sehr unwahrscheinliche Mehrheiten im Nationalrat erfordern.

Aber selbst, wenn die Landespolitik in Wien hier wenig Kompetenzen besitzt, so können sich auch die politischen Vertreter:innen des bevölkerungsreichsten Bundeslands dafür im Bund einsetzen, damit der Zugang zur Staatsbürgerschaft erleichtert wird oder das Wahlrecht inklusiver gestaltet wird.

2. Menschen mit Fluchtgeschichte bei der politischen Integration Zeit geben

In der Studie hat es sich mehrfach gezeigt, dass das Interesse an Politik in Österreich und auch die Beteiligung an Politik und Gesellschaft mit der Dauer des Aufenthalts wächst. Menschen, die in Österreich neu angekommen sind, haben am Anfang ihrer Ankunft in den meisten Fällen Dringenderes zu tun als sich vertiefend über die Politik in Österreich zu informieren und sich daran zu beteiligen. Die Erwartungen an die Menschen im Hinblick auf Beteiligung dürfen somit zu Beginn nicht zu hoch sein und die Menschen dürfen zu Beginn nicht mit derartigen Erwartungen überfordert werden.

3. Von politischer und zivilgesellschaftlicher Seite frühzeitig auf Menschen mit Fluchtgeschichte zugehen

Zeitgleich ist es aber wichtig, dass Politik und Zivilgesellschaft bereits zu Beginn des Aufenthalts in Österreich einen aktiven Schritt auf die Menschen mit Fluchtgeschichte zuzumachen, beispielsweise in Form von Informations-, politischen Bildungs- und Dialog- bzw. Austauschangeboten. Das Interesse an den Menschen muss also von Anfang an bestehen und sie müssen politisch angesprochen schon bevor sie die Staatsbürgerschaft und somit das Wahlrecht besitzen. Das ist unter anderem auch deshalb möglich, da Parteimitgliedschaft in den meisten Parteien nicht an die österreichische Staatsbürgerschaft gekoppelt ist. Dieser Schritt in Richtung dieser Zielgruppe muss jedoch

zielgruppengerecht erfolgen. Daher ist es schon bei der Entwicklung der Strategie wichtig, Menschen mit Fluchterfahrung von Anfang an einzubeziehen.

4. Förderung der politischen Integration

Um Menschen mit Fluchtgeschichte politisch zu “empowern” und dabei zu unterstützen, zu politisch und gesellschaftlich aktiven Subjekten zu werden, braucht es passende und zahlreichere Angebote an Sprachkursen, die Verbreitung von zielgruppengerechten Informationen über die Politik und die Demokratie in Österreich und allen voran zielgruppengerechte Angebote für politische Bildung. Diese sollten im Idealfall nicht nur auf die Bedürfnisse von Menschen mit Fluchtgeschichte zugeschnitten sein, sondern zusätzlich auch von Menschen angeboten werden, die selbst Fluchtgeschichte haben und die entsprechenden Zusatzqualifikation besitzen. Somit können Menschen mit Fluchtgeschichte ihr Verständnis über das österreichische politische System und Beteiligungsmöglichkeiten aufbauen bzw. vertiefen. Dadurch wird die Zielgruppe deutlich gestärkt, um sich in Zukunft aktiv an politischen Prozessen in Wien zu beteiligen.

5. Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen

Die Politik sollte zudem Initiativen (stärker) unterstützen, die Menschen mit Fluchterfahrung den Zugang zu politischer Beteiligung erleichtern, indem sie beispielsweise Informationsveranstaltungen, Schulungen und Mentorings anbietet oder ehrenamtliches Engagement fördert. Zusätzlich können auch regelmäßige Formate und Veranstaltungen für Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien direkt von der Politik angeboten werden, bei denen die Anliegen und Wünsche dieses Bevölkerungsteils Raum finden und von politischen Vertreter:innen gehört werden.

Ein Beispiel dafür ist das im Rahmen dieses Projektes als Pilotformat entworfene Dialogforum. Allein, dass die vielfach marginalisierte Gruppe zu einer solchen Veranstaltung mit Lokalpolitiker:innen eingeladen wurde und ihre Interessen ernsthaft und direkt von politischer Seite wahrgenommen wurden, war für viele Teilnehmende eine positive und neue Erfahrung. Solange das Wahlrecht nicht inklusiver gestaltet oder der Zugang zum Erwerb der Staatsbürgerschaft nicht erleichtert wird, braucht es derartige Formate, die indirekt und abseits von Wahlen den politischen Anliegen jener Menschen einen Raum geben, die hier wohnen, sich aber nicht bei Wahlen beteiligen können.

6. Forschung ausbauen, Forschungsergebnisse in politische Arbeit einbauen und durch Forschung widerlegte Vorurteile bekämpfen

Projekte wie dieses können immer nur einen gewissen Beitrag zum besseren Verständnis über die Zusammenhänge in Bezug auf die ohnehin wenig erforschte Gruppe der Menschen mit Fluchtgeschichte leisten. Deshalb ist es wichtig, dass derartige Projekte auch weiter finanziert werden und die Ergebnisse von der Politik gehört und im Idealfall sogar in die politische Arbeit integriert werden.

Zudem wurden im Zuge des Projekts verschiedene, teilweise bewusst politisch kolportierte Vorurteile widerlegt, wie beispielsweise die Auffassung, dass sich Menschen mit Fluchterfahrung nur für Asyl- und Migrationspolitik in Österreich oder ihrem Herkunftsland interessieren würden. Zumindest jene, die ernsthaft an der Verbesserung des Diskurses über die Inklusion der Demokratie in Wien interessiert sind, sollten die Forschungsergebnisse auch dazu nutzen, diesen Vorurteilen evidenzbasiert entgegenzutreten zu können.

Quellen

- Banducci, S. A., Donovan, T., & Karp, J. (2004). Minority Representation, Empowerment, and Participation. *The Journal of Politics*, 66(2), 534–556. <https://doi.org/10.1111/j.1468-2508.2004.00163.x>.
- Barber, B. (1984). *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. Berkeley/Los Angeles/London.
- Bilodeau, A., McAllister, I., & Kanji, M. (2010). Adaptation to Democracy among Immigrants in Australia. *International Political Science Review*, 31(2), 141–165. <https://doi.org/10.1177/0192512110364737>.
- Bilodeau, A., & Dumouchel, D. (2023). The imprint of autocracy on immigrant political participation: Reluctance to participate or to disclosure? *International Migration*, 00, 00–00. <https://doi.org/10.1111/imig.13129>.
- BMI. (2024). Statistiken Asyl. Retrieved from <https://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/> on April 2, 2024.
- Braun, K., Spöri, T., Doos, P., & Mohamud, M. (2021). Politische Partizipation von Geflüchteten: Möglichkeiten und Hindernisse der politischen Beteiligung von Geflüchteten in Wien.
- Bueker, C. (2005). Political Incorporation among Immigrants from Ten Areas of Origin: The Persistence of Source Country Effects. *International Migration Review*, 39(1), 103–140. <https://doi.org/10.1111/j.1747-7379.2005.tb00257.x>.
- Buta, O., & Gherghina, S. (2022). Organisational capacity and electoral gains: why majority parties nominate Roma candidates in local elections. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 49, 1–18. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2022.2031921>.
- Carter, N. (2006). Political Participation and the Workplace: The Spillover Thesis Revisited. *The British Journal of Politics & International Relations*, 8(3), 410–426.
- de Rooij, E. (2012). Patterns of Immigrant Political Participation: Explaining Differences in Types of Political Participation between Immigrants and the Majority Population in Western Europe. *European Sociological Review*, 28, 455–481. <https://doi.org/10.2307/23272532>.
- Dinesen, P. T., & Andersen, R. F. (2022). The (Re)socialization of participatory political culture: Immigrants' political participation between their contemporary country and their ancestral country. *Political Geography*, 98, Article 102650.
- Economist Intelligence. (2023). Democracy Index 2023. Retrieved from <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2023/> on April 1, 2024.
- Eurostat. (2023). Naturalisation Rate: Acquisition of Citizenship per 100 Resident Non Nationals. Retrieved from https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Migration_and_migrant_population_statistics on April 2, 2024.
- Finseraas, H., Kotsadam, A., & Polavieja, J. (2022). Ancestry Culture, Assimilation, and Voter Turnout in Two Generations. *Political Behavior*, 44, 201–226. <https://doi.org/10.1007/s11109-020-09617-2>.
- Haindorfer, R., & Haller, M. (2021). Does citizenship promote integration? An Austrian case study of immigrants from the Former Yugoslavia and Turkey. In Bauböck & Haller (Eds.), *Dual Citizenship and Naturalisation*, 253–274.
- Jacobi, M. (2021). How the Political Participation of Refugees is Shaped on the Local Level: Self-Organisation and Political Opportunities in Cologne. Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Lazarova, M., Saalfeld, T., & Seifert, O. (2024). What does it take for immigrants to join political parties? *Politics and Governance*, 12, Article 7440.

- Newton, K., Stolle, D., & Zmerli, S. (2018). Social and Political Trust. In *The Oxford Handbook of Social and Political Trust*, 961–976.
- Okundaye, G., Ishiyama, J., & Silva, A. (2022). Premigratory political experiences with autocracy and violence and immigrants' willingness to vote. *Social Science Quarterly*, 103(5), 1032–1047. <https://doi.org/10.1111/ssqu.13185>.
- Pateman, C. (1970). *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pilati, K. (2017). Gaps in protest activities between natives and individuals of migrant origin in Europe. *Acta Sociologica*. <https://doi.org/10.1177/0001699317710704>.
- Pilati, K. (2021). General Perspectives: Citizenship, Migration, and Participation. In M. Giugni & M.T. Grasso (Eds.), *Handbook of Citizenship and Migration*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Quaranta, M. (2023). The formation of institutional trust among immigrants: What is the role of democracy? *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 1–20. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2024.2320715>.
- Quintelier, E., & Blais, A. (2016). Intended and Reported Political Participation. *International Journal of Public Opinion Research*, 28(1), 117–128. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edv017>.
- Ragab, N., & Antara, L. (2018). *Political participation of refugees: The case of Afghan and Syrian refugees in Germany*. Stockholm: International IDEA.
- Soare, S., & Gherghina, S. (2024). The Political Participation and Representation of Migrants: An Overview. *Politics and Governance*, 12. <https://doi.org/10.17645/pag.8089>.
- Solano, G., & Huddleston, T. (2020). *Migrant Integration Policy Index 2020*.
- Stadt Wien. (2023). 6. Integrations- und Diversitätsmonitor der Stadt Wien.
- Valchars, G., & Bauböck, R. (2021). *Migration & Staatsbürgerschaft*. Vienna: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- V-Dem. (2024). *Democracy Report 2024: Democracy Winning and Losing at the Ballot*.
- Vintila, D., & Martiniello, M. (2021). *Migrants' Political Participation beyond Electoral Arenas*.
- Voicu, B., & Tufis, C. (2017). Migrating trust: Contextual determinants of international migrants' confidence in political institutions. *European Political Science Review*, 9(3), 351–373.
- Xu, X., & Jin, X. (2018). The autocratic roots of social distrust. *Journal of Comparative Economics*, 46(1), 362–380.
- Ziegler, R. (2017). *Voting Rights of Refugees*. Cambridge: Cambridge University Press.